



Neue Heimat für die Sozialplattform

Nach monatelanger Bürosuche und Planung ist die Sozialplattform nun endlich an ihren neuen Standort in der Wiener Straße 32 übersiedelt, in guter Nachbarschaft mit unserer Mitgliedseinrichtung IAB, Institut für Ausbildungs- & Beschäftigungsberatung. 400 kg Akten wurden entsorgt, wir haben brav ausgemistet, sortiert und gepackt. Unterstützt wurden wir beim Umzug vom Verein Neustart, um die Entsorgung kümmerte sich die ARGE für Obdachlose. Danke für eure professionelle Hilfe! Nach über 15 Jahren im Büro in der Schillerstraße war die Zeit reif für moderne und größere Räumlichkeiten, denn das Team der Sozialplattform wächst mit der neuen Sozialhilfe-Rechtsberatung.

Im September laden wir dann zur großen Einweihungs- und Kennenlern-Party in der Wiener Straße 32. Wer uns schon vorher besuchen möchte, ist herzlich willkommen!

SOZIALPLATTFORM
ÖBERÖSTERREICH

Österreichische Post AG

MZ022030265M

Sozialplattform OÖ, Wiener Str. 32, 4020 Linz

:: Inhalt

Macht - Jugend - Haft - Sinn
Susanne Hain, Soziale Initiative

Wir brauchen eine Null-Armutspolitik
Dennis Tamesberger, Iris Woltran, AK OÖ

Sozialplattform OÖ: Sozialhilfe-Rechtsberatung
startet ab September

Notlagen ist mit bedarfsorientierter Mindesthilfe zu begegnen
Norbert Krammer, VertretungsNetz

Gewaltbetroffene Frauen in den Arbeitsmarkt integrieren
Gewaltschutzzentrum OÖ

FRAGILE – VFQ GmbH wird zu she:works GmbH

Die (un)endliche Geschichte des Berufsgesetzes der Sozialen
Arbeit; Andreas Pavlic, SIÖ

B7 Arbeit und Leben feiert fast 40 Jahre mit einem großen Fest

Sozial und ökologisch nachhaltige Arbeitsmarktpolitik für alle
arbeit plus

Hilfen gegen Energiearmut
Caritas OÖ

Update Social: Soziale Probleme lösen
Linz Institut of Technology der JKU, Volkshilfe OÖ

Anmeldefrist für die drei Caritas-Schulen läuft

Arbeitsplatzchancen für Menschen mit Beeinträchtigungen
Land OÖ

Was brauchen langzeitarbeitslose Menschen, um wieder in den
Arbeitsmarkt einzusteigen? arbeit plus

Florian für Engagement
Volkshilfe OÖ

Hunger auf Kunst und Kultur
Sozialplattform OÖ

Bildung/Veranstaltungen/Termine

:: Impressum

Sozialplattform Oberösterreich,
Wiener Str. 32, 4020 Linz
0732-66 75 94
office@sozialplattform.at
www.sozialplattform.at
ZVR: 888363821
Redaktion und Layout:
Sozialplattform OÖ

Namentlich gekennzeichnete Texte
geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

Berichte und Ankündigungen aus
den Projekten sind willkommen, die
Veröffentlichung ist gratis, ein Recht
auf Abdruck besteht jedoch nicht.
Bei platzbedingten Engpässen haben
Beiträge von Mitgliedern der Sozial-
plattform Vorrang.

:: Abo

6 Ausgaben pro Jahr
zusätzlich Sozialratgeber OÖ

20 EURO normal
10 EURO für Student*innen
GRATIS mit dem Kulturpass

Nutzen Sie die Möglichkeit des kos-
tenlosen Probeabonnements für
2 aktuelle Ausgaben!

:: Redaktionsschluss

Nächste Ausgabe erscheint am:
1. September
(September/Oktober 2023)

Redaktionsschluss:
1. August 2023

:: Förder- partner*innen

Soziales 



Neuaufsetzung der zweiten sozialen Netzes

Die Stadt Linz hat in ihren zuletzt veröffentlichten Zahlen einen rückläufigen Trend bei Sozialhilfebeziehenden vermeldet. Waren es im 4. Quartal 2022 noch 2.438 Personen, die Sozialhilfe erhielten, ist die Zahl im ersten Quartal 2023 auf 1.993 Sozialhilfe-Beziehende gesunken. Ein Rückgang um rund 20 Prozent. Sozialreferentin und Vizebürgermeisterin Hörzing führt dies auf die „gute Linzer Konjunkturlage“ zurück, die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zeigen würde. Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns (somit) allen gut?

Tatsache ist, wir befinden uns in einer Zeit steigender sozialer Herausforderungen. Der Sozialstaat wurde durch die Krisen (von Finanzkrise über Corona bis zur Teuerung) der letzten Jahre einem wahren Stresstest unterzogen. So stellen Dennis Tamesberger und Iris Woltran in ihrem aktuellen Rundbrief-Beitrag nicht nur fest, dass diese Krisen wie ein „Brennglas“ gewirkt haben und die Schwächen des Systems der sozialen Sicherheit offengelegt haben. Zurecht schreiben sie in diesem Zusammenhang auch von der Ruine Sozialhilfe. Die aktuellen Zahlen der EU über die Einkommens- und Lebensbedingungen (EU-SILC) zeigen ein deutliches Bild: von 2021 auf 2022 erhöhte sich die Zahl der Menschen in Österreich, die in absoluter Armut leben um 40.000, ein Anstieg um 25 %. Ein Widerspruch zu den rückläufigen Zahlen bei Sozialhilfe-Empfänger*innen. Tatsächlich bestätigt es, dass die Sozialhilfe in ihrer derzeitigen Form nicht ausreichend vor Armut schützt und längst nicht alle erreicht, die darauf Anspruch hätten.

Behördenpraxis

Die Praxis hat jedenfalls gezeigt, dass viele ihren Anspruch auf Sozialhilfe aufgrund einer rigorosen behördlichen Vollzugspraxis nicht erhalten oder gar nicht erst wahrnehmen (immer noch ist es mit Scham behaftet, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen). Die Armutskonferenz hat in ihren 19 Forderungen für eine neue Mindestsicherung, die Existenz, Chancen und Teilhabe sichert, skizziert, was es brauchen würde. Ganz oben dabei sind u.a. die Absicherung der Wohnbedarfe, die Erhöhung und Vereinheitlichung von Mindeststandards für Kinder, Rechtsansprüche auf Sonderbedarfe, Anhebung der Mindeststandards, orientiert an der Armutsgefährdungsschwelle und eine jährliche Valorisierung sowie mehr Rechtssicherheit.

Juristische Unterstützung

Die Sozialplattform hat schon in ausführlichen Stellungnahmen die Lücken und Verbesserungsbedarfe im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz und insbesondere im Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (SOHAG) in OÖ und darüber hinaus aufgezeigt. Norbert Krammer fasst in seinem Rundbrief-Beitrag in dieser Ausgabe dahingehend noch-



mals zusammen, woran es in Österreich wirklich krankt und was es eigentlich braucht: eine komplette Neuaufsetzung des zweiten sozialen Netzes. Doch bis dahin scheint es noch ein weiter Weg. Um den gegebenen Umständen Rechnung zu tragen haben Sozialplattform und Arbeiterkammer OÖ beschlossen zu kooperieren, um eine juristische Sozialhilfe-Rechtsberatung anzubieten. Sie soll zur Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen und letztlich der Lebenssituation von Betroffenen beitragen. Näheres dazu findet sich auch in dieser Ausgabe des Rundbriefs. Doch nicht nur das.

Umzug

Über eine große Neuerung gibt es auch noch in der Sozialplattform zu berichten: während diese Zeilen geschrieben werden, befindet sich das Team der Sozialplattform noch im Quartier in der Schillerstraße. Nach 15 Jahren ist es allerdings Zeit für einen Umzug geworden. Ab 14. Juni ist die Sozialplattform im neuen Zuhause in der Wiener Straße 32 im 4. Obergeschoß zu finden.

Stefan Obermüller
Sozialplattform OÖ



Macht – Jugend – Haft – Sinn

Seit **vergangenem Herbst** stehen **unter 14-jährige Jugendliche, die mit delinquentem Verhalten auffällig werden, wieder vermehrt im medialen Rampenlicht.** **Nicht zum ersten Male werden Rufe zur Senkung des Strafmündigkeitsalters auf 12 Jahre laut.** Kann das die Lösung sein, um **Straffälligkeit abzuwenden oder jugendliche Straftäter*innen zurück auf „den rechten Weg“ zu bringen?** **Susanne Hain, Soziale Initiative gmbH**

Was sagen die Fakten?

Fassen wir das Thema zuerst einmal in Zahlen: Laut den aktuellsten Daten aus dem Kriminalitätsreport des Bundesministerium für Inneres wurden im Jahr 2021 7.426 strafbare Handlungen von 10- bis 14-Jährigen verübt, 2011 waren es 5.565, wobei zu berücksichtigen ist, dass ein*e Tatverdächtige*r mehrere strafbare Handlungen begehen kann. Das entspricht 2,8 Prozent aller Vergehen oder Verbrechen (2011: 2,1 Prozent). Dabei ist in den letzten zehn Jahren ein Rückgang bei Gewalttaten zu beobachten, während Delikte gegen

fremdes Eigentum zunehmen. Gleichzeitig nimmt die Bereitschaft der Bevölkerung zu, strafbare Handlungen von unter 14-Jährigen anzuzeigen.

Bei 14- bis 18-Jährigen kommt das Jugendgerichtsgesetz (JGG) zum Tragen, und eine Haftstrafe ist als „Ultima Ratio“ möglich. Jährlich sitzen in Österreich ca. 110 Jugendliche in Haft, das sind 1,2 Prozent aller Insass*innen. Hier gibt es in den letzten 40 Jahren einen deutlichen Rückgang, 1980 saßen noch 324 Jugendliche in Haft. In rund 57 Prozent der Fälle kommt es innerhalb von vier Jahren nach Verbüßen der Haftstrafe zu einer rechtskräftigen Wiederverurteilung, was mehr als doppelt so häufig ist wie bei Erwachsenen ab 21 Jahren. Alleine diese Zahl zeigt, dass die Wirkung der Haft bei Jugendlichen hinterfragt werden muss.

Die geeignete Hilfestellung zum richtigen Zeitpunkt?

Nachdem ein Kind unter 14 Jahren in Österreich nicht strafmündig ist, kann es strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden. Das Vergehen oder Verbrechen wird jedoch im polizeilichen Aktenindex eingetragen. Darüber hinaus werden die Kinder- und Jugendhilfe (KJH) und das PflEGschaftsgericht informiert, die Polizei informiert die Staatsanwaltschaft und es kommt zu einem sogenannten Normverdeutlichungsgespräch. Das

”

In rund 57 Prozent der Fälle kommt es innerhalb von vier Jahren nach Verbüßen der Haftstrafe zu einer rechtskräftigen Wiederverurteilung, was mehr als doppelt so häufig ist wie bei Erwachsenen ab 21 Jahren.

Ziel dabei ist, dem*der Jugendlichen klar zu machen, dass das, was er*sie getan hat, eigentlich eine Straftat darstellt. Hier ist es wichtig, die Eltern mit im Boot zu haben, und die KJH hat die Möglichkeit, Erziehungshilfen zu setzen. Sind die Eltern nicht in der Lage oder bereit mitzuwirken, und der*die Jugendliche wird bereits durch die KJH unterstützt, wird überlegt, ob die aktuelle Maßnahme geeignet ist und was gegebenenfalls verändert werden muss. An dieser Stelle muss also mit der Mär, die die öffentlichen Diskussion immer wieder prägt, aufgeräumt werden, dass „nichts passiert“, wenn unter 14-Jährige (wiederholt) strafbare Handlungen begehen. Denn die KJH hat Handlungsoptionen und nutzt diese auch. Die Frage ist, ob es die richtigen Maßnahmen zum rechten Zeitpunkt sind, die gesetzt werden.

Warum Jugendliche straffällig werden

Bei der aktuellen Diskussion beobachten wir, dass es in der Öffentlichkeit immer noch wenig Bereitschaft gibt zu verstehen, dass Menschen in ihrer Biographie manchmal straffällig werden und dass das in der Adoleszenzphase gehäuft passieren kann. Das steht im Zusammenhang mit der Gehirnentwicklung, die erst mit Mitte 20 abgeschlossen ist, und hormonellen und neurologischen Veränderungen – das jugendliche Gehirn ist dann eine „Großbaustelle“ – und damit verbundener erhöhter Risikobereitschaft und extremen Verhaltensweisen, wobei auch die Peerguppe eine Rolle spielen kann. Das heißt nicht, dass wir strafbare Handlungen bei Jugendlichen gut heißen, und bei bestimmten Verbrechen wie absichtlicher schwerer Körperverletzung, sexueller Gewalt und Raub sind Haftstrafen bei über 14-Jährigen unumgänglich. Aus unserer sozialpädagogischen Praxis wissen wir jedoch, dass betroffene Jugendlichen massive psycho-emotionale Belastungen und eine Vielzahl an Traumatisierungen mitbringen, wenn sie zu uns in die Betreuung kommen. Bei manchen kommen kognitive Einschränkungen erschwerend hinzu. Viele haben psychische und/oder körperliche Gewalt sowie Vernachlässigung erlebt, sie haben kein Vertrauen in die (Erwachsenen-)Welt und sind enorm verunsichert. Sie wurden in ihrem jungen Leben von keiner verlässlichen Bindungsperson begleitet und weisen deshalb massive Bindungsstörungen auf. Bindung entsteht vor allem in den ersten Lebensjahren durch stabile Beziehungen, Vertrauen und Zuneigung, und das schließt sich mit den Bedingungen, die Jugendliche in Haft vorfinden, aus. Es ist die Aufgabe unserer sozialpädagogischen Fachkräfte, diesen jungen Menschen auf Basis einer nachgehenden, tragfähigen, vertrauensvollen und wertschätzenden Beziehung die Möglichkeit zu geben „nach zu nähren“. Für traumatisierte Jugendliche ist es eine Mammutaufgabe, diese Entwicklungsdefizite nachzuholen. Darüber hi-

”

Der Ausbau des erlebnispädagogischen bzw. intensiven individualpädagogischen Angebots kann dazu beitragen, straffällige und gewaltbereite Jugendliche aufzufangen, die in herkömmlichen Betreuungssettings der KJH nicht gefördert werden können. Dazu sind ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen notwendig.

naus bieten die Sozialpädagog:innen Unterstützung in alltäglichen Dingen wie der Schaffung einer Tagesstruktur, bei der Ausbildungs- und Jobsuche, bei Behördenwegen, zum Arzt oder zur Therapeutin und bei sinnstiftender Freizeitgestaltung. Das alles braucht Zeit, Ressourcen, Geduld, Durchhaltevermögen und auch das Anerkennen, dass nach zwei Schritten nach vorne ein Schritt zurück erfolgen kann. Das sollte jedoch unser Handeln nicht infrage stellen.

In das gesunde Aufwachsen junger

Menschen investieren

Ob wir also nach den Einzelfällen der letzten Monate tatsächlich die Senkung des Strafmündigkeitsalters brauchen, wagen wir aufgrund unserer Erfahrung zu bezweifeln. Wir sehen jedoch Handlungsbedarf auf Ebene des Helfersystems. Von delinquenten unter 14-Jährigen, die wir betreuen, wissen wir heute, dass bereits in jungen Jahren Handlungsbedarf bestanden hätte. Deshalb sollte ein System geschaffen werden, das es früher ermöglicht, bei Familien in Notlagen oder anhaltenden Krisen in Form einer interdisziplinären Hilfeplanung einzugreifen. Darüber hinaus kann der Ausbau des erlebnispädagogischen bzw. intensiven individualpädagogischen Angebots dazu beitragen, straffällige und gewaltbereite Jugendliche aufzufangen, die in herkömmlichen Betreuungssettings der KJH nicht gefördert werden können. Dazu sind ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen notwendig. Es ist im Zuge der Krisen der letzten Jahre politisch möglich, mit nie da gewesenen Maßnahmen milliardenschwere Schutzschilde aufzubauen, um den Wirtschaftskreislauf zu schützen. Junge Menschen sollte es uns allemal wert sein, einen kleinen Teil dieser Milliarden in die Hand zu nehmen, um ihr gesundes Aufwachsen sicherzustellen.

Hinsehen, nicht wegschauen!

Schließlich wünschen wir uns die Stärkung einer ganz wichtigen menschlichen Ressource: zivile Courage. Das Aussterben der Großfamilie, Eltern, die immer weniger Zeit für ihre Kinder haben – schließlich sollen (und müssen) beide im Idealfall in Vollzeit erwerbstätig sein – und die zunehmende Individualisierung unserer Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten führen vermehrt zur „Das geht mich nichts an!“ Haltung. Deshalb möchten wir dazu ermutigen hinzuschauen, wenn man im persönlichen Umfeld mitbekommt, dass jemand Hilfe braucht – die Passantin auf der Straße, der gute Freund vom eigenen Kind, die Jugendliche im Sportverein oder die Familie in der Nachbarschaft. Lassen Sie uns hinsehen, aufstehen, ansprechen und tätig werden und so eine Kultur des Miteinanders – von der wir alle profitieren – gestalten.



Wir brauchen eine Null-Armutspolitik

Die aktuellen Armutszahlen haben schockiert. In Österreich - einem der reichsten Länder der Welt - steigt die absolute Armut. Die Gleichzeitigkeit von enormen Über-Reichtum und Armut bedeutet, dass die Politik ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. Sie hat nicht für die nötige Umverteilung zwischen Reich und Arm gesorgt und akzeptiert soziale Missstände. **Dennis Tamesberger und Iris Woltran, Arbeiterkammer OÖ**

Der Sozialstaat wirkt, aber muss weiterentwickelt werden

Der österreichische Sozialstaat ist ein internationales Vorbild und wirkt in hohem Maße armutsvermeidend. Der Sozialstaat nimmt den Menschen einen Teil der Furcht vor den großen Risiken im Leben. Durch soziale Transfers, wie z.B. Arbeitslosengeld, Pensionen, Sozialhilfe wird die Armut in Österreich deutlich reduziert. Ohne Pensionen und Sozialleistungen wären rund 3,9 Millionen Menschen bzw. 44 % der Bevölke-

”

Durch das soziale Sicherungssystem sinkt die Anzahl der Armutsgefährdeten auf rund 1,3 Mio. Menschen (bzw. 15 %). Dies ist eine beachtliche Leistung unseres Sozialstaates, für den wir Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zahlen. Gleichzeitig hat es in den letzten Jahren Rückschritte im sozialen Netz gegeben.

rung armutsgefährdet. Durch das soziale Sicherungssystem sinkt die Anzahl der Armutsgefährdeten auf rund 1,3 Millionen Menschen (bzw. 15 %). Dies ist eine beachtliche Leistung unseres Sozialstaates, für den wir Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zahlen. Gleichzeitig hat es in den letzten Jahren Rückschritte im sozialen Netz gegeben bzw. wurde der Sozialstaat nicht adäquat auf die aktuellen Herausforderungen von Corona, Energie und Inflation angepasst. Die Krisen der letzten Jahre hatten eine Brennglasfunktion. Sie haben schmerzlich vor Augen geführt, wo die sozialen Sicherungssysteme nicht ausreichend vor Armut und Lebensstandardverlusten schützen. Viele NGOs, Gewerkschaften und die Arbeiterkammer haben Konzepte auf den Tisch gelegt, wie z.B. das Arbeitslosengeld auf 70% Nettoersatzrate zu erhöhen oder die Sozialhilfe und die Ausgleichszulage über die Armutsschwelle zu heben. Die Bundesregierung hat sich aber statt diesen strukturellen Reformen für Einmalzahlungen und kurzfristige, niedrige Erhöhungen entschieden, die schnell verpuffen. Wer politisch nicht nachhaltig agiert, akzeptiert bewusst Armut.

Die Ruine Sozialhilfe

Der Ökonom **Markus Marterbauer** und der Psychotherapeut **Martin Schürz** schreiben in ihrem aktuellen Buch „Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik die Hoffnung

macht“, „an der Mindestsicherung entscheidet sich die ideelle Ausrichtung des Gemeinwesens“. Hier hat die Türkis-Blau Regierung einen massiven Rückschritt vollzogen, indem sie die bedarfsorientierte Mindestsicherung abschaffte und die Sozialhilfe wieder einführt. Damit gibt es keinen Mindestbetrag mehr, sondern Höchstgrenzen im letzten sozialen Netz. Die Sozialhilfe-Richtsätze sind unter der Armutsschwelle und es ist ein armenfeindliches Projekt dadurch entstanden, das Druck und Angst verbreitet. Darüber hinaus erfolgte durch die neue Sozialhilfe wieder eine extreme Uneinheitlichkeit der Regelungen zwischen den Bundesländern. So variieren beispielsweise die Unterstützungen von Paaren mit zwei Kindern von 1.900 Euro monatlich in Oberösterreich bis zu 2780 Euro in Tirol.

Rückkehr der absoluten Armut

Die massive Ausgabenbelastung aufgrund der hohen Teuerung belastet vor allem Familien mit einem geringen Einkommen. Dies spiegelt sich im starken Anstieg der absoluten Armut wider. Sie erhöhte sich von 2021 auf 2022 um rd. 40.000 Menschen. 2022 waren somit rd. 200.000 Personen (OÖ: 21.000 manifeste arme Menschen) von absoluter Armut betroffen. Diese Menschen sind erheblich materiell benachteiligt und können aufgrund der gestiegenen Preise und dem zu geringen Einkommen am sogenannten Mindestlebensstandard nicht mehr teilhaben. Sie können sich z.B. nicht mehr leisten die Wohnung angemessen warm zu halten, unerwartete Ausgaben zu bewältigen uvm. Diese Zunahme verdeutlicht, dass die Krisen der letzten Jahre Armutslagen in Österreich verschärft haben. Dies ist umso dramatischer, da bereits vor dieser krisenhaften Zeit, die Lage von armutsbetroffenen Menschen sehr schwierig war. Verbesserungen im sozialen Bereich, aber auch Preisbegrenzungen bei Mieten, Energie etc. sind daher gerade für diese Gruppe elementar wichtig.

Entwicklung der relativen Armut in OÖ

Auch die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten hat sich von 2021 auf 2022 erhöht. Gab es 2021 noch rd. 1,519 Millionen Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete (OÖ: 165.000), so waren es 2022 rd. 1,555 Millionen Menschen (OÖ: 178.000 Personen) bzw. rd. 18 % der Bevölkerung. Lediglich bei den Haushalten mit Erwerbslosigkeit konnte aufgrund der besseren Arbeitsmarktlage seit Eindämmung der Covid-19-Pandemie ein Rückgang von rd. 100.000 Personen verzeichnet werden. Insgesamt ist jedoch immer noch rund jede fünfte Person in Österreich Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdet. Ein Armutszeugnis für ein so reiches Land wie Österreich.

Armut ist demokratiepolitisch ein Problem

Armut ist aber nicht nur ein Problem für die Betroffenen und für die soziale Gemeinschaft, sondern vor allem für die Demokratie an sich. **Martina Zandonella** vom SORA

Institut zeigt in ihren Forschungen immer wieder auf, dass mit der ökonomischen Ungleichheit das Vertrauen in die Politik sinkt und es weniger politische Partizipation von Bevölkerungsgruppe mit geringem Einkommen gibt. Nur etwa die Hälfte des ökonomisch ärmsten Drittels geht wählen, aber 80% des reichsten Drittels. Beseitigung von Armut ist somit eine Politik zur Stärkung der Demokratie.

Eine Null-Armut-Strategie ist eine Frage des politischen Willens

Eine Strategie zur Beseitigung von Armut ist in Österreich möglich und leistbar. Für die Sozialhilfe wird in Österreich knapp 1 Milliarde Euro ausgegeben, ein relativ geringer Betrag angesichts der gesamten Staatsausgaben. Laut den Berechnungen von Marterbauer/Schürz bräuchte es für eine Null-Armut-Strategie rund 2 Milliarden Euro pro Jahr an Geldleistungen. Beispielsweise würde die Anhebung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 70% rund 656 Millionen Euro Nettokosten pro Jahr betragen. Eine Jobgarantie für rund 40.000 Langzeitarbeitslose würde rund 320 Millionen Euro Nettokosten pro Jahr verursachen. Zwei Milliarden Euro wären notwendig um Kindergärten und Schulen zu verbessern. Angesichts des enormen privaten Vermögens in Österreich von ca. 1.400 Milliarden Euro, erscheinen die Kosten für die Beseitigung von Armut überschaubar. Das würde in etwa dem Aufkommen einer Vermögenssteuer für Millionärshaushalte entsprechen. Die Beseitigung von Armut ist somit primär ein Frage des politischen Willens zur Umverteilung.

Dennis Tamesberger ist Leiter des Teams Sozialpolitik der Arbeiterkammer Oberösterreich.

Iris Woltran ist Sozialreferentin in der Arbeiterkammer Oberösterreich im Team Sozialpolitik.

:: Mädchen gestalten Zukunft

Bis 13. August einreichen

Die Hil-Foundation kooperiert mit Projekten, die Mädchen stark machen, und unterstützt fünf dieser Projekte mit bis zu 5.000 €. Gemeinnützige Organisationen mit Sitz in Österreich können bis zum 13. August 2023 Projektideen für das Jahr 2024 einreichen. Die Entscheidung, welche Projekte unterstützt werden, trifft der Mädchenbeirat im Oktober 2023.

Unterstützt werden Projekte, in denen Mädchen ihre eigenen Ideen und Vorschläge umsetzen und mitbestimmen können, was gemacht wird.

www.maedchenbeirat.at/projekt-einreichen/



Sozialplattform OÖ: Sozialhilfe-Rechtsberatung startet ab September

Die Sozialhilfe ist eine wichtige Säule des Sozialstaates und soll helfen, Armut so gut wie möglich zu vermeiden. Insbesondere durch die Reform und Zerschlagung der österreichweiten Mindestsicherung sind sozial bedürftige Menschen zunehmend weniger geschützt. Gleichzeitig wird eine steigende Zahl von Menschen auf diese Leistung angewiesen sein. Zu erwarten ist, dass auch Personen im Niedriglohnbereich oder in Branchen mit einem hohen Arbeitslosigkeitsrisiko aufgrund von Inflation und Teuerung künftig vermehrt auf Sozialhilfe angewiesen sein werden.

Parallel dazu steigen auch die rechtlichen Herausforderungen rund um die Beantragung von Sozialhilfe, vor allem aufgrund der oftmals uneinheitlichen behördlichen Vollziehungspraxis im Zuge der Antragsprüfung und Sozialhilfegewährung – und entsprechend unterschiedlichen Bescheiden bei gleichen oder ähnlichen Sachverhalten.

Neue Rechtsberatung

Aus diesem Grund haben sich die **Arbeiterkammer OÖ**

und die **Sozialplattform OÖ** entschlossen zu kooperieren und eine Sozialhilfe-Rechtsberatung einzurichten, die mit September starten und nach einer kurzen Einarbeitungsphase die Beratungstätigkeit aufnehmen wird.

Übergeordnetes Ziel ist das Erwirken einer deutlichen Verbesserung der Lebenssituation von Betroffenen. Die Rechtsberatung erfolgt rein zu Fragen der Sozialhilfe auf Grundlage von Sozialhilfebescheiden, aber nicht im Zusammenhang mit der Sozialhilfe-Antragstellung. Zu anderen im Rahmen der Beratung auftauchenden sozialen Fragen wird mit bewährten Partner*innen kooperiert, auf welche verwiesen werden kann (z.B. Schuldnerhilfe, Wohnungslosenhilfe, Arbeiterkammer, Sozialberatungsstellen etc.).

Die juristische Beratung erfolgt persönlich und telefonisch in Linz und erfolgt zusätzlich im Rahmen eines juristischen Backoffice für Sozialberater*innen.

Ziele

sind zusammenfassend vor allem:

- die Klärung und Durchsetzung des Anspruchs auf Sozialhilfeleistungen
- Die Verbesserung der existenziellen Absicherung von Sozialhilfebezieher*innen
- Aufbau und Weitergabe von juristischer Expertise, spezifischem Fachwissen und Knowhow zum Thema Sozialhilfe
- Erhöhung des Wissensstands in Bezug auf die Sozial-

hilfe-Praxis in OÖ

- Ergänzung zu den bereits bestehenden einschlägigen Sozialhilfe-Rechtsberatungsangeboten und enge Kooperation mit diesen.

Kontakt:

Sozialplattform OÖ, Sozialhilfe-Rechtsberatung
Wiener Str. 32/4. Stock, 4020 Linz

SOZIALPLATTFORM OBERÖSTERREICH

„Neben einer armutsfesten Ausgestaltung der Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Sicherung fehlt es vor allem an strukturellen Verbesserungen. Mit der neuen juristischen Beratung wollen wir einen Schritt zur Erhöhung der Rechtssicherheit für Sozialhilfebeziehende und für mehr Chancengerechtigkeit setzen. Wir freuen uns sehr, dass wir mit unseren Partner*innen von der AK Oberösterreich gemeinsam diesen Weg beschreiten.“

Mag. Josef Pürmayr, Geschäftsführer der Sozialplattform OÖ



„Auch bei den AK-Mitgliedern wird Armut und Sozialhilfe vermehrt ein Thema. Unser Anliegen ist, dass es im letzten sozialen Netz Rechtssicherheit gibt und unsere Mitglieder zu ihren Ansprüchen kommen. Mit der neuen Sozialhilfe-Rechtsberatung durch die Sozialplattform OÖ leisten wir hierfür einen wesentlichen Beitrag. Auf die Zusammenarbeit und die neue Kooperationsform freu ich mich sehr.“

Mag. Ernst Stummer, LL.M., Direktorin-Stellvertreter AK OÖ



:: Neues Kompetenzzentrum

Im Auftrag des AMS OÖ haben die Volkshilfe Arbeitswelt GmbH und FAB (Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung) mit 1. April das neue Projekt Kompetenzzentrum Linz-Traun gestartet.

Das Kursangebot dieses neuen Kompetenzzentrums richtet sich an Personen mit Produktivitätseinschränkung und/oder Vermittlungshindernissen ab 18/19 Jahren. Ihnen erleichtert das Kompetenzzentrum einen sanften Einstieg in den Berufsalltag. Damit dieser leichter gelingt, werden die Kursteilnehmer*innen zusätzlich professionell begleitet.

:: VSG.LEARN Infotag

4. Juli, 14.00 - 15.30 Uhr

Linz, Glimpfingerstraße 8/2. Stock

VSG.LEARN öffnet vor dem Urlaub noch einmal seine Pforten und lädt zum Infotag ein. Besuchen Sie uns in unseren Räumlichkeiten und lernen die Kursangebote sowie das LEARN-Team kennen!

Beim LEARN-Infotag erfahren Sie mehr über die bestehenden und neuen Kursangebote bei LEARN:

- Basisbildung LEARN.basic: nächster Kursstart: 17.07.23
- ab Herbst mit neuen Schwerpunkten auf Englisch/IT und Mathematik/Deutsch
- Pflichtschulabschluss LEARN.classic: nächste Aufnahme 31.08.-07.09.23, Kursstart 08.09.23
- Basisbildung LEARN.fit: Wiederaufnahme im Herbst
- Individualförderung LEARN.plus: Neustart im Sommer

Wir reden mit Ihnen über die Infos, die Sie brauchen – Termine, Kursablauf, Unterlagen, Inhalte, persönliche Anliegen, u.v.m.!

Die Einladung richtet sich sowohl an potenzielle Teilnehmer*innen als auch an interessierte Eltern, Jugendcoaches und Betreuer*innen.

Anmeldung:

nadja.nowotny@vsg.or.at, 0677-61794882

Wenn Sie einen Interessensschwerpunkt oder ein bestimmtes Anliegen haben, teilen Sie das gerne schon bei der Anmeldung mit.



Notlagen ist mit bedarfsorientierter Mindesthilfe zu begegnen

Es sind die positiven Erfahrungen, die den Sozialstaat Österreich für viele Menschen zum wertvollen Anker in Notlagen werden lässt. Fast klaglos funktioniert das System im Bereich des Ersten Sozialen Netzes, also der Versicherungsleistungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter. Bei Problemen wird nachjustiert und es gibt eine entsprechende rechtliche Absicherung. Schwierig ist es bei den bedarfsgeprüften Leistungen des Zweiten Sozialen Netzes, besonders bei der Sozialhilfe und teilweise auch bei der Behindertenhilfe. **Norbert Krammer, VertretungsNetz**

Der Bezug von Sozialhilfe setzt eine Notlage voraus, wodurch sich individuelle Interpretationen und politisch-ethische Überzeugungen der handelnden Personen – von der Politik bis zum Vollzug – leichter manifestieren können.

Inhaltliche Kehrtwendung der Sozialhilfe

Wer kann Sozialhilfe / Mindestsicherung / Sozialunter-

stützung beziehen? Schon die Begriffsbezeichnung der subsidiär konzipierten Leistung in den Bundesländern unterscheidet sich jeweils und sendet damit auch unterschiedliche Signale an Leistungsbezieher*innen und Kritiker*innen. Mit dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz (SH-GG) hat die türkis-blaue Mehrheit im Nationalrat im Jahr 2019 nach einer heftigen öffentlichen Diskussion beschlossen, das bewährte System der bedarfsorientierten Mindestsicherung für armutsbetroffene Menschen auf Basis einer Bund-Länder-Vereinbarung durch reduzierte Sozialhilfeleistungen im Wege eines Grundsatzgesetzes zu ersetzen. Die bisherigen Ziele der Armutsbekämpfung und Armutsvermeidung wurden im Bundesgesetz durch das Ziel ersetzt, lediglich einen Beitrag zur Unterstützung zum Lebensunterhalt und zur Befriedigung des Wohnbedarfs zu leisten. Damit wurden schon rein sprachlich Lücken in der Bemessung von Hilfe ermöglicht: statt Mindeststandards für den Lebensbedarf gibt es nur mehr einen Beitrag zur Unterstützung. Darüber hinaus sollen integrationspolitische und fremdenpolizeiliche Ziele ebenso berücksichtigt werden wie arbeitsmarktpolitische.

Daher wurden die Richtsätze reduziert (bei Mitunterstützten um mindestens fünf Prozent) der Höchstbeitrag gedeckelt (Mehrpersonenhaushalte) und bestimmte Personengruppen ausgeschlossen (subsidiär Schutzberechtigte). Kleine Verbesserungen durch Zuschläge (Menschen mit Behindertenausweis, Alleinerziehende) und ein erhöhter „Vermögensfreibetrag“ wiegen diese

Verschlechterung nicht auf.

Vereinheitlichung gescheitert

Ein massiver Kritikpunkt an der Bedarfsorientierten Mindestsicherung war, dass durch die Vertragslösung kein einheitliches Leistungssystem geschaffen wurde und einige Bundesländer Sonderwege eingeschlagen hatten. Im Sinne der Kritik wurde von ÖVP und FPÖ eine Vereinheitlichung angestrebt und mit dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz angekündigt.

Mehr als drei Jahre nach Beschluss des Bundesgesetzes muss festgestellt werden, dass die Vereinheitlichung bisher nicht geglückt ist.

Die Sonderwege begannen bereits 2019, als der Verfassungsgerichtshof u.a. die degressiven Richtsätze für Kinder ersatzlos aufhob, da die radikale Kürzung verfassungswidrig war. Die Bundesländer mussten daher in ihren Ausführungsgesetzen eigene Festlegungen für Kinderrichtsätze erarbeiten. Die Prozentsätze für Kinder sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich und teilweise wieder degressiv ausgestaltet (für das erste Kind mehr als z.B. für das vierte Kind der Familie). Für das erste Kind ist eine Spanne zwischen 21 und 29 Prozent festzustellen, für weitere Kinder variieren die Sätze noch deutlicher.

Sonderzahlungen werden weggenommen oder bleiben

Die anhaltende Diskussion über Probleme mit ungenügenden, fehlerhaften oder möglicherweise auch verfassungswidrigen Teilen des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes veranlasste den Bundesgesetzgeber – nunmehr als Koalition von ÖVP und Grüne – eine Novelle des Gesetzes einzubringen und zu beschließen. Endlich wurde vom Bund für alle Sozialhilfe-Bezieher*innen sichergestellt, dass das Pflegegeld nicht nur bei Eigenbezug, sondern auch für pflegende Angehörige, nicht mehr als Einkommen angerechnet wird. Damit konnte die verfestigte Armut in armutsgefährdeten Haushalten mit pflegebedürftigen Angehörigen reduziert werden. Dies stellt besonders für chronisch kranke Menschen und Menschen mit Behinderungen eine wichtige Verbesserung dar.

Das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz verpflichtet die Bundesländer zur Umsetzung. Anders sieht dies bei der „Kann-Bestimmung“ in der Novelle 2022 aus, die den Bundesländern für die Ausführungsgesetze die Option eröffnet, nun – entgegen der bisherigen, kritisierten Vorgabe – auf die Anrechnung von Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) – zu verzichten. Damit würden beispielsweise die Weihnachtsremuneration für eine:n Pensionist:in wieder für kleinere Anschaffungen, wie dem Austausch von Einrichtungsgegenständen oder kultureller Teilhabe (Weihnachtskonzert? Geschenke?) verfügbar. Viele Sozialhilfe-Bezieher:innen freuen sich über diese Neuregelung. Andere schauen neidvoll über

”

Die Prozentsätze für Kinder sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich und teilweise wieder degressiv ausgestaltet.

die Landesgrenzen – denn es bleibt dem Zufall überlassen, ob das eigene Bundesland den Spielraum nutzt oder (meist ohne Begründung) weiterhin eine restriktive Einkommensanrechnung praktiziert: Oberösterreich nimmt z.B. die Sonderzahlung und reduziert die Sozialhilfe, während das Nachbarbundesland Salzburg den Sozialhilfe-Bezieher*innen den kleinen finanziellen Spielraum lässt.

Neue Mindesthilfe auf gleichem Niveau

Nach wie vor ist das SH-GG nur in sechs von neun Bundesländern und nicht überall in seiner gesamten Konzeption umgesetzt. Dieser verfassungsrechtlich bedenkliche Umstand wurde bisher nicht beseitigt. Inzwischen kippte der Verfassungsgerichtshof mit dem Sachleistungszwang bei über den Richtsatz hinausreichenden Wohnkosten eine weitere Regelung. Einige Bundesländer regeln den Beitrag für den angemessenen Wohnbedarf in zusätzlichen Verordnungen, was die Übersicht zusätzlich erschwert.

Auch die Frage möglicher Unterhaltsansprüche für volljährige, nicht selbsterhaltungsfähige Personen wird unterschiedlich vollzogen. Während das eine Bundesland die Rechtsverfolgungspflicht sehr eng auslegt und jedenfalls rechtliche Einforderungen verlangt (bis zur Klage gegen die Eltern), wird im anderen Bundesland bei der Prüfung der Zumutbarkeit von Klagen mehr Augenmaß an den Tag gelegt. Dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz fehlen auch konkrete verfahrensrechtliche Bestimmungen, da der Verweis auf die allgemeinen Regelungen im Vollzug zu sehr abweichenden Umsetzungen führt. Dies wird durch die vielen unbestimmten Rechtsbegriffe im Grundsatzgesetz nicht einfacher.

Statt weiter auf eine Umsetzung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes in allen Bundesländern zu warten und die absehbaren weiteren Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes einzuarbeiten, ist es höchste Zeit, das zweite soziale Netz neu aufzusetzen: als Mindesthilfe für Notlagen und unterschiedliche Bedürfnisse.

:: Oö. Wohn- und Energiekostenbonus

Antragsfrist bis 31. Juli verlängert

Seit April läuft die Beantragung des Oö. Wohn- und Energiekostenbonus in der Höhe von 200 bis 400 Euro. Die Antragsfrist wird nun bis 31. Juli 2023 verlängert. Mittlerweile konnten über 113.000 Anträge an die Oberösterreicher*innen ausbezahlt werden.

Antrag

www.ooe.gv.at/energiekostenbonus

Gewaltbetroffene Frauen in den Arbeitsmarkt integrieren



PERSPEKTIVE:ARBEIT ist das erste Projekt in Österreich, welches sich ausschließlich mit gewaltbetroffenen Frauen und deren Integration in den Arbeitsmarkt beschäftigt. Das Projekt wird vom Arbeitsmarktservice Oberösterreich finanziert und vom Gewaltschutzzentrum OÖ umgesetzt. Denn einer der Hauptgründe, die es Frauen erschwert, das gewalttätige Umfeld zu verlassen, ist ihre wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit vom Gefährder.

Das Projekt unterstützt in ganz Oberösterreich gewaltbetroffene Frauen in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und persönlichen Unabhängigkeit.

Durch Beratung und Begleitung wird individuell mit jeder Frau der Weg zurück ins Berufsleben erarbeitet. Da gewaltbetroffene Frauen meist mit Multiproblemlagen zu kämpfen haben, besteht ein großer Teil der Beratung darin, diese zu bearbeiten, um vorhandene Vermittlungshemmnisse weitgehend zu verringern und die Chancen sowie Perspektiven am Arbeitsmarkt zu erhöhen. Die Teilnahme an Qualifizierungen sowie das Erlangen von Berufsabschlüssen durch Ausbildungen wird in diesem Zusammenhang ebenso aktiv angestrebt.

Wegen der durch die erfahrene Gewalt bedingten gesundheitlichen Einschränkungen (körperliche Verlet-

zungen und Schmerzen, sowie psychischen Folgen wie Schlafstörungen, Depressionen, erhöhte Ängste, Konzentrationsschwächen und Traumatisierungen) kommt es vermehrt zu Krankenständen und Abwesenheiten am Arbeitsplatz. Ebenso sind aufgrund eines bekannt gewordenen Gewaltvorfalls viele behördliche Termine wahr zu nehmen. Hinzu kommen die unsichere Wohnsituation, Wegfall der Kinderbetreuung, eingeschränkte Mobilität, schwierige finanzielle Situationen und fehlendes soziales Netzwerk. PERSPEKTIVE:ARBEIT versucht überall dort anzusetzen damit eine Integration in den Arbeitsmarkt gelingen kann.

Die enge Zusammenarbeit mit dem AMS sowie dem IAB ermöglicht es, neue Perspektiven für gewaltbetroffene Frauen zu eröffnen, Zugang zu Qualifizierungen zu ermöglichen und sie ganz individuell, durch Einzelcoachings, beim Bewerbungsprozess, der Ausbildungsplatzsuche oder dem Arbeitsplatzertanz zu unterstützen.

Durch das Angebot der Nachbetreuung sollen anfängliche Herausforderungen und somit eine langfristige Integration in den Arbeitsmarkt gewährleistet werden. Sollte die Frau den Job verlieren, kann rasch wieder an der erneuten Jobsuche gearbeitet werden.

Zugangsvoraussetzungen

- : Mädchen/ Frauen ab 15 Jahre
- : Kontakt mit dem Gewaltschutzzentrum oder einem Frauenhaus in Oberösterreich. Dies kann bis zu 24 Monate zurückliegen.
- : Gültiger Aufenthaltstitel bzw. Zugang zum Arbeitsmarkt

Besonderheiten

- : Büro in einer Opferschutzeinrichtung
- : niederschwellige und proaktive Kontaktaufnahme
- : ganzheitliche Miteinbeziehung der Lebenssituation der Frau
- : Möglichkeit der Begleitung zu Terminen bei Behörden und anderen Beratungseinrichtungen
- : Beratung mit Dolmetscher*innen
- : enge Kooperationen mit anderen Sozialeinrichtungen
- : Beratungsdauer bis zu einem Jahr möglich

Kontakt

Gewaltschutzzentrum OÖ
 Stockhofstraße 40, 5. Stock, 4020 Linz
 Eingang: Wachrenergasse 2
 Telefonnummer: 0660 26 21 068
 E-Mail: ooe@perspektivearbeit.at
 Erreichbarkeit: Mo, Mi, Fr: 9.00 - 13.00 Uhr sowie
 Di, Do: 9.00 - 15.30 Uhr
 nach Vereinbarung auch in Regionen



FRAGILE – VFQ GmbH wird zu she:works GmbH

Was vor über drei Jahrzehnten in Linz mit einer Tischlerei und drei ambitionierten jungen Frauen unter dem Namen FRAGILE begonnen hat, entwickelte sich als VFQ gGmbH zur erfolgreichen Organisation für Bildung und Beratung in Oberösterreich. Unter neuer Flagge wird sie jetzt umbenannt zur **she:works GmbH**.

Vielen Frauen werden Unterstützung und Begleitung geboten auf ihrem Weg zu einem anderen Job, ihren Fragen zu Neu- und Berufsorientierung, Ausbildung und Qualifizierung, Unternehmensgründung und zum Einstieg in den österreichischen Arbeitsmarkt. Für alle Fragen der beruflichen Entwicklung von Frauen wird die she:works GmbH weiterhin die gewohnt hochqualitative und verlässliche Partner*in sein.

Mit dem neuen Namen she:works GmbH und dem damit einhergehenden Rebranding wird nun auch eine Strategieerweiterung stattfinden. she:works geht aktiv nach außen auf Frauen, Unternehmen und öffentlichen Stellen zu, ist Netzwerkerin, Aktivistin und Expertin für alle Frauen und Ansprechpartner*in bei sämtlichen Belangen, die die Berufs- und Erwerbsbiografie von Frauen anbelangt.

Die she:works GmbH ist bunt und agil. Susanne Steckerl (Geschäftsführerin): „she:works spiegelt die Individualität von Frauen wider, die in einer Vielfalt von Lebens- und Alltagssituationen leben. Junge Auszubildende, die

sich in traditionellen Männerwelten schon in jungen Jahren behaupten und überzeugen bis hin zur Pensionistin, die ihr Wissen und Können sinnstiftend einbringt. Schwester, Mama, Partnerin, Technikerin, Künstlerin oder Wissenschaftlerin.“

Die vielschichtige Herausforderung für Frauen besteht darin, dass sich die Arbeitswelten rasant verändert. Die Rahmenbedingungen, die Frauen eine gleichwertige Erwerbsbiografie ermöglichen, verändern sich allerdings kaum.

Diesen Anforderungen möchte die she:works GmbH entgegenwirken mit innovativen Angeboten abseits von traditionellen Rollenbildern und Massenmeinungen. Frauen Zugänge zu gestalten zu Themen wie Green Jobs, schnelle Kommunikationskanäle, Digitalisierung, neue Arbeitswelten und agile Arbeitsformen werden weitere Aufgaben der she:works GmbH sein.



Nähere Informationen:

www.she-works.at

Fröbelstraße 16, 4020 Linz

Weitere Standorte in 4020 Linz: Industriezeile 56b, Paul-Hahn-Straße 1, Wiener Straße 131/A und 4070 Eferding: Keplerstraße 6



Die (un)endliche Geschichte des Berufsgesetzes der Sozialen Arbeit

Die Geschichte für ein Berufsgesetz gleicht wahrlich der unendlichen Geschichte von Michael Ende. Darauf wurde bei der Tagung in der Arbeiterkammer in Wien, die am 17. April stattfand, mehrfach Bezug genommen. Was sonst noch an diesem Tag geschah und besprochen wurde, soll hier kurz wiedergegeben werden. **Andreas Pavlic, Redakteur der Fachzeitschrift SIÖ (Soziale Arbeit in Österreich)**

Die vielfältige Landschaft der Sozialen Arbeit

Neben der großen Zahl an Vortragenden und Diskutant*innen war eines gleich zu Beginn sichtbar: Das Thema ist von Interesse. Gut 300 Menschen waren gekommen und über 250 waren via Live-Stream dabei. Marco Uhl, Vorstandsvorsitzender des Berufsverbandes der Sozialen Arbeit (obds), erklärte in der Eingangsrede, dass ein einheitliches Berufsgesetz, das die Vielfältigkeit der Sozialen Arbeit berücksichtigt, für ein klares Selbstverständnis der Sozialen Arbeit notwendig ist. Eine gesetzliche Regelung sei aber vor allem für die Adressat*innen, die Auftraggeber*innen und für jene Berufsgruppen wichtig, die mit der Sozialen Arbeit kooperieren. Ähnlich argumentiert auch **Anna Radulescu**.

Sie ist Europa Präsidentin der International Federation of Social Workers (IFSW) und kennt die gesetzlichen Regelungen der Sozialen Arbeit in den europäischen Ländern. Österreich gehöre zu den wenigen Staaten ohne Berufsgesetz. Gerade die Erfahrung der Covid-19 Pandemie habe gezeigt, dass die Soziale Arbeit eine enorm wichtige Aufgabe in der Bewältigung der medizinischen und sozialen Folgen der Pandemie hatte und bis heute hat. Vielen Politiker*innen sei mittlerweile bewusst, dass die Soziale Arbeit eine wichtige Aufgabe im Gesundheitsbereich übernimmt. Über die komplexe Geschichte des Berufsfeldes der Sozialen Arbeit sprach die ehemalige Studiengangsleiterin **Gertraud Pantucek**. Historisch betrachtet entwickelte es sich aus den beiden Strängen der Sozialarbeit bzw. der Fürsorge, angesiedelt in den Ämtern und Verwaltungseinrichtungen und der Sozialpädagogik, die sich in den Bildungs- und Erziehungseinrichtungen verortet. Die beiden Ausbildungswege unterscheiden sich bis heute. In der beruflichen Praxis und auch im Berufsverband ist die Trennung aufgehoben und als vorrangig gilt ein gemeinsames Agieren im Sinne der Adressat*innen.

Dimensionen der Gesundheit

Julia Pollak und **Gerlinde Blemenschitz-Kramer** vom obds gingen in ihrem Vortrag den Fragen nach, was unter Gesundheit und Sozialer Arbeit zu verstehen ist, und inwieweit die Soziale Arbeit eine Gesundheitsprofession ist. Dabei präsentierten sie internationale Defi-

nitionen und Auffassungen, wie sie der IFSW (International Federation of Social Workers) und IASSW (International Association of Schools of Social Work) formuliert. Anschließend wurde erstmalig mit der „Gegenstandsbeschreibung und Zielsetzung Sozialer Arbeit in Österreich“ und den „Kernkompetenzen von Fachkräften der Sozialen Arbeit“ eine Ergänzung bzw. Konkretisierung für Österreich vorgelegt. Die beiden Texte sind Ergebnis eines langen Prozesses, an dem viele Expert*innen der Sozialen Arbeit mitgewirkt haben. Aus Platzgründen werden die Definitionen und Beschreibungen hier nicht wieder gegeben, sie können aber auf der Homepage des obds, unter „Was ist Soziale Arbeit“ nachgelesen werden (<https://obds.at/was-ist-soziale-arbeit/>). Beim Gesundheitsbegriff stützten sich die Vortragenden auf die Definition der WHO, die nicht nur die physische und psychische/ seelische Dimension berücksichtigt, sondern auch die soziale. Dies bedeutet, dass soziale Teilhabe und Inklusion ein wesentliches Element von Gesundheit sind. Umgekehrt ist Gesundheit als eine Ressource und Voraussetzung zu verstehen, um ein unabhängiges, sozial und wirtschaftlich erfolgreiches Leben führen zu können. Gesundheitsberufe erstrecken sich somit auch auf das soziale Feld, was wiederum bedeutet, dass die Soziale Arbeit als ein Beruf zur Förderung der Gesundheit zu verstehen ist.

Die Bausteine des Berufsrechts

Zu diesem Themenkomplex referierten die beiden Experten **Kurt Schalek** von der Arbeiterkammer und vom Sozialministerium der Jurist **Michael Kierein**. Zusammen vermittelten sie nicht nur eine Übersicht, sondern präsentierten sowohl das Grundgerüst als auch die jeweiligen Bausteine dieser Gesetzesmaterie. Die beiden Referate können hier nicht in ihrer Komplexität wiedergegeben werden, aber zumindest wesentliche Punkte sollen herausgearbeitet werden. Grundsätzlich gibt ein Berufsrecht die Rahmenbedingungen einer Profession vor. Zu beachten wäre jedoch, dass es Bereiche gibt, die anderwärtig geregelt werden, wie beispielsweise die Arbeitsbedingungen im Arbeitsrecht, die Bezahlung im Kollektivvertrag oder auch die Art und Qualität der jeweiligen Leistungsangebote.

Die konkreten Bausteine eines Berufsrechts bilden die Regelung einer wissenschaftlich fundierten Ausbildung sowie die Berufsumschreibung, die die Zuständigkeit und die Kompetenz regelt, woraus sich ein Berufsbild ergibt. Ein Berufsrecht definiert eine Profession, stattet sie mit Rechten und Pflichten aus und verleiht ihr Exklusivität. Die Soziale Arbeit tritt dadurch in Konkurrenz oder besser formuliert in ein kooperatives Verhältnis zu anderen Professionen, die im selben oder ähnlichen

”

*Im Berufsrecht werden daher die Vorbehalte geregelt, die diese Exklusivität ausdrückt. Dies betrifft die Ausbildung (Ausbildungsvorbehalt), die Tätigkeit (Tätigkeitsvorbehalt), den Beruf (Berufsvorbehalt) und die Bezeichnung (Bezeichnungsvorbehalt). Letztere regelt, wer sich Sozialarbeiter*in nennen darf und wer nicht.*

Feld tätig sind und mit denselben oder ähnlichen Methoden arbeiten. Im Berufsrecht werden daher die Vorbehalte geregelt, die diese Exklusivität ausdrückt. Dies betrifft die Ausbildung (Ausbildungsvorbehalt), die Tätigkeit (Tätigkeitsvorbehalt), den Beruf (Berufsvorbehalt) und die Bezeichnung (Bezeichnungsvorbehalt). Letztere regelt, wer sich Sozialarbeiter*in nennen darf und wer nicht. Mit einem Ausflug in die Werbesprache geht es um die Frage, ist dort wo Soziale Arbeit draufsteht, auch Soziale Arbeit drin? Und vor allem: welche Ausbildungen, Quali-

fikationen und Erfahrungen zählen dazu und welche nicht? Dieses Thema ist heikel, aber es gehört geklärt. Diese Fragen stellen sich jedoch nicht nur für die Professionist*innen, sondern auch für die Adressat*innen. Für Kurt Schalek ist das Berufsrecht somit auch ein Beitrag zum Schutz vulnerabler Personengruppen. Michael Kieren erwähnte zusätzlich noch den Aspekt, dass es sich um einen Ausdruck von gesellschaftlicher Akzeptanz und Wertschätzung handelt, denn ein Gesetz „drückt eine bestimmte Werthaltung einer Gesellschaft gegenüber einer Gruppe aus.“ Das Berufsgesetz und der Bezeichnungsschutz waren in der späteren Diskussionsrunde ebenfalls ein zentrales Thema.

Das Mandat der Sozialen Arbeit

In seinem Eingangsstatement sprach Minister **Johannes Rauch** aus, warum seiner Ansicht nach die Soziale Arbeit noch kein Berufsgesetz besitzt: „Eine starke Profession der Sozialen Arbeit nimmt ein Mandat wahr, ein gesellschaftliches Mandat, und zwar für Menschen, die ansonsten keine Stimme haben, und ist im besten Sinne des Wortes parteiisch und ergreift Partei.“ Gleichwohl gilt es, bei dieser Erkenntnis nicht stehen zu bleiben. Im Verlauf der Diskussion kamen nicht nur die fehlenden Ausbildungsplätze und der Mangel an Fachkräften der Sozialen Arbeit zur Sprache, sondern auch der fehlende Bezeichnungsschutz der Profession. Die letzten beiden Punkte, die Erhebung des tatsächlichen Bedarfs an Fachkräften sowie an Ausbildungsplätzen, um Zahlen und Fakten für weitere Verhandlungen zu besitzen, und die Klärung des Bezeichnungsschutzes, sind die konkreten Ergebnisse dieser Veranstaltung. Mit neuem Schwung werden seitdem von Seiten des obds, der österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (ogsa), der Arbeiterkammer und Vertreter*innen der Fachhochschulen Gespräche mit dem Ministerium geführt, um diese offenen Fragen zu klären.

Was ist soziale Arbeit

nachlesen:

<https://obds.at/was-ist-soziale-arbeit/>



Referententeam und Leitung (links nach rechts): Masiar Emmanuel Nashat, (Zukunft der Arbeit), Ulrike Würzburger, Helmut Bayer, Katharina Schmid (Kopfsache gesund), Hannes Fromhund (Deine Stimme – Deine Persönlichkeit – Deine Visitenkarte); Foto: B7

B7 Arbeit und Leben feiert fast 40 Jahre mit einem großen Fest

Der Verein **B7 Arbeit und Leben** hilft Menschen in schwierigen Lebenssituationen in Oberösterreich. Dass er dies nun schon seit beinahe 40 Jahren macht, wurde Ende April in der Tabakfabrik Linz ausgiebig gefeiert. Zweihundert Gäste verbrachten einen gehaltvollen Nachmittag reich an Begegnung - getreu dem Motto des Tages: **Fast 40 und voller Tatendrang!**

B7 Arbeit und Leben feierte am Vereinssitz in der Tabakfabrik in Linz mit einer großen Festlichkeit am 27. April sein 40-jähriges Bestehen. „Seit 40 Jahren machen wir bei B7 das, was wir am besten können: Menschen in schwierigen Lebenssituationen unterstützen und Wege in ein geregeltes Leben aufzeigen. Zu unserem Jubiläum dürfen wir auf bewegende Zeiten, Freud und Leid sowie eine untrügliche Zuversicht zurückblicken,“ bringt es **Helmut Bayer**, Geschäftsführer von B7 Arbeit und Leben, auf den Punkt. Gleichzeitig bildete das Fest den Auftakt für ein Jahr voller Feierlichkeiten an den zahlreichen Standorten von B7.

Unter den Gästen durfte B7 Obfrau **Anna Wall-Strasser** unter anderem **Franz Kehrer**, Caritasdirektor der

Diözese Linz, der in Vertretung von Bischof Manfred Scheuer kam, **Maria Brunner**, Abteilungsleiterin Fördermanagement des AMS OÖ sowie LAbg. **Gertraud Scheiblberger**, begrüßen. In ihren Grußworten betonten Obfrau Anna Wall-Strasser und Franz Kehrer, mit dem Hinweis auf die Ursprünge des Vereins in der Diözese Linz, dass die Unterstützung von Menschen in herausfordernden Lebenslagen durch B7 eine Form der Nächstenliebe ist.

Passend zur arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung des Vereins gab es einen interaktiven Vortrag zur Zukunft der Arbeit sowie eine Podiumsdiskussion über die Rolle von sozialen Einrichtungen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt.

Ulrike Würzburger, Geschäftsführerin B7 Arbeit und Leben, fasst den Jubiläumsnachmittag zusammen: „Es war ein Nachmittag reich an Begegnung, gehaltvollen Inputs, intensiven Gesprächen, Erfolgsgeschichten und für mich ein Quell an neuen Ideen für die Zukunft.“

Zu den Gratulant*innen zählten:

Maria Brunner, AMS OÖ:

„Das AMS OÖ arbeitet seit vielen Jahren mit B7 in Form von Beratungseinrichtungen für arbeitslose Menschen sehr erfolgreich zusammen.“

Unterstützung bei Bewerbungsaktivitäten, Entwicklung beruflicher

”

Seit 40 Jahren machen wir bei B7 das, was wir am besten können: Menschen in schwierigen Lebenssituationen unterstützen und Wege in ein geregeltes Leben aufzeigen.

Ziele, Hilfe bei der Überwindung von Hindernissen - z. B. Organisation der Kinderbetreuung - oder auch generell mit der Situation Arbeitslosigkeit umgehen zu lernen, sind für das AMS OÖ wesentliche Inhalte des Beratungsangebotes um den Weg zum neuen Arbeitsplatz deutlich zu verkürzen und zu vereinfachen.

Die Berater*innen von B7 stehen neuen Technologien offen gegenüber und treten immer wieder an das AMS mit Ideen wie z. B. Videobewerbungen, Aufzeichnung von Podcasts, heran.

Unsere Kund*innen schätzen die Betreuung sehr, das erkennt man an den Auswertungen der Teilnehmer*innenzufriedenheit, denn eine Durchschnittsnote von 1,5 bei der Möglichkeit Noten zwischen 1 und 6 zu vergeben, ist eine sehr gute Rückmeldung.

Herzlichen Glückwunsch zum fast 40-jährigen Jubiläum. Das AMS OÖ freut sich auf die weitere Zusammenarbeit.“

Franz Kehrer, Caritasdirektor OÖ:

„Die Arbeit von B7 ist heute noch genauso wichtig wie vor 40 Jahren. Trotz des Fachkräftemangels in vielen Branchen gibt es auf der anderen Seite viele Menschen, die aufgrund verschiedener Handicaps kaum Chancen auf eine dieser offenen Stellen haben. Sie brauchen individuelle Unterstützungsangebote ebenso wie „Mutmacher“, die ihr Selbstvertrauen stärken und sich dafür einsetzen, dass sie in unserer Gesellschaft nicht als ‚wertlos‘ abgestempelt werden. B7 leistet dazu einen wichtigen Beitrag und hat bereits vielen Menschen Chancen eröffnet, wieder am Arbeitsleben teilhaben zu können.“

Bischof Manfred Scheuer:

„Die Gründung des B7 geht auf eine kirchliche Initiative zurück – Prälat Josef Mayr war etwa maßgeblich daran beteiligt - und noch immer gibt es viele Berührungspunkte und Kooperationen mit der Diözese Linz. Es ist beeindruckend, wie sich das B7 in den vergangenen 39 Jahren entwickelt hat. Das B7 ist im wahrsten Sinn des Wortes eine menschliche Erfolgsgeschichte, da Menschen in schwierigen Arbeits- und Lebenssituationen auf Augenhöhe beraten und begleitet werden. Es ist ein Ort der Begegnung und schafft Zukunftsperspektiven. Dafür danke ich von Herzen und wünsche in allem Tun und Wirken Gottes Segen.“

Anna Wall-Strasser, Obfrau von B7:

„Nun hat das B7 schon eine lange und wechselhafte Geschichte. Die Rahmenbedingungen für die Unterstützung von arbeitssuchenden Menschen haben sich immer wieder geändert. Die Herausforderung, am Gründungsauftrag entlang immer wieder auch Neues anzugehen, hat sich jedenfalls als Konstante durchgezogen. Für schwierige Situationen in Arbeit und Leben braucht es Rettungsanker. Das ist das B7.“

B7 Arbeit und Leben

1984 wurde der Verein von Verantwortlichen der Diözese Linz in der Bischofstraße 7, in Linz gegründet. Daher auch der Name B7. Aus einem Raum für arbeitslose

Jugendliche, getragen von Freiwilligen, entwickelte sich ein Verein mit heute 64 multiprofessionellen Mitarbeiter*innen.

Die Angebote von B7 sind vielfältig und umfassen:

- B7 Fahrradzentrum (Shop in der Tabakfabrik)
- Beratung für Arbeitssuchende Menschen (BAM)
- Beratung zu Pension und Rehabilitation (PUR)
- Case Management Sozialhilfe (CM)
- FrauenBerufsZentrum Grieskirchen (FBZ)
- B7 Podcast: „Ihr Mutmacher zum Hören“
- Familienberatung
- Seminare

:: Optimale Begleitung und Unterstützung

Als Partnerin des „Netzwerk Demenz OÖ“ bietet die Volkshilfe GSD GmbH seit 2020 in ihren Demenz-Servicestellen Linz-Süd, Schwertberg und Steyr psychologische Abklärung, Beratung und Trainingsgruppen für Betroffene an.

„Seit dieser Zeit ist unser Team stetig angewachsen. Bei den Terminen zur psychologischen Abklärung und Beratung konnten wir vielen Menschen wertvolle Tipps mitgeben und so oftmals zum besseren gegenseitigen Verständnis und damit zu einer Entspannung im alltäglichen Miteinander beitragen. Unsere zahlreichen Vorträge und öffentlichen Auftritte tragen zur Enttabuisierung des Themas Demenz in der Gesellschaft bei“, erklärt GSD-Kollegin Sabine Wögerbauer.

Die MAS-Demenztrainer*innen leisten in den vielen ortsnahen Trainings-Gruppen engagierte und kompetente Arbeit. Die teilnehmenden Kund*innen schätzen dieses Angebot sehr und freuen sich wöchentlich auf das Training. Hierbei stehen stets die Freude, der Spaß und die soziale Interaktion im Vordergrund. Zudem sollen die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kund*innen möglichst lange erhalten bleiben.

Vier Mal jährlich treffen einander die Team-Mitglieder der Demenzservicestellen zu einem regen fachlichen Austausch. „Die gute und intensive Zusammenarbeit der Psychologie, Beratung und MAS-Demenztrainer*innen gewährleistet eine optimale Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Demenz und deren An- und Zugehörigen“, so Sabine Wögerbauer.

www.volkshilfe-ooe.at/seniorinnen-senioren/beratung/demenz-abklaerung/



© Baukarussell

Sozial und ökologisch nachhaltige Arbeitsmarktpolitik für alle

Klassische industrielle Arbeitsverhältnisse prägen bis heute unsere Vorstellung davon, was gute und menschenwürdige Arbeit ist. In der Debatte um die „Arbeit der Zukunft“ ist es sinnvoll, die Verknüpfung von Arbeit und Nachhaltigkeit genauer zu beleuchten.
arbeit plus

Einerseits bedeutet Erwerbsarbeit meist die Umwandlung von Ressourcen in Güter oder Dienstleistungen, andererseits hat auch der zentrale gesellschaftliche Stellenwert von Erwerbsarbeit Auswirkungen auf die CO2 Emissionen. „Es macht einen Unterschied, ob Menschen mit dem Auto oder mit dem Fahrrad in die Arbeit pendeln und ob Dienstreisen mit dem Flugzeug oder mit dem Zug stattfinden. Hier kann der Staat lenkend eingreifen“, so Sabine Rehlichler, Geschäftsführerin von arbeit plus Österreich.

Die Klimakrise und ihre Folgen verändern Erwerbsarbeit

In manchen Jobs werden die Belastungen durch die Klimakrise größer - wie etwa durch Hitze am Bau. Gleichzeitig entstehen neue

Jobs und Tätigkeitsfelder, wie zum Beispiel im Bereich Repair und Re-Use. CO2-intensive Branchen, wie die Stahlproduktion oder die Automobilindustrie, müssen rückgebaut werden, die dort Beschäftigten brauchen neue Perspektiven. In der Gewerkschaftsbewegung wird das bereits seit einiger Zeit unter dem Schlagwort „Just Transition“ diskutiert. Arbeitsmarktpolitik muss auf diese Umbrüche reagieren und gestaltend eingreifen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Klimapolitik die zentrale Rolle von Erwerbsarbeit berücksichtigt. Soziale Unternehmen, die in der Kreislaufwirtschaft tätig sind, zeigen als Leuchttürme zukunftsfähiger Beschäftigungsmöglichkeiten Wege aus diesem Dilemma.

Wie kann Arbeitsmarktpolitik sozial-ökologisch gestaltet werden?

Eine Studie des Instituts für Ecological Economics an der WU Wien in Kooperation mit der AK Wien und Niederösterreich (2022) macht dazu einige Vorschläge: die Aufnahme ökologischer Kriterien in die Zielarchitektur des AMS; die Förderung von klimafreundlicher Mobilität durch ein regionales Klimaticket sowie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in ländlichen Regionen; eine Gemeinwohlkarenz, die es ähnlich der Bildungskarenz Menschen ermöglicht, für eine bestimmte Zeit im

”

Soziale Unternehmen sind Vorreiter in der Verbindung des sozialen und des ökologischen Gedankens. Sie zeigen Lösungen, wie die Kontroverse zwischen Jobsicherung und Umwelterhaltung aufgelöst werden kann.

gemeinnützigen Sektor sozial-ökologische Tätigkeiten verrichten - die Sozialen Unternehmen könnten hier auch „Gastgeberinnen“ sein; oder eine sozialökologische Jobgarantie, die allen Menschen einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellt.

„Zentral in der sozial-ökologischen Umgestaltung der Arbeitswelt sind Werte wie Freiwilligkeit, sozial-ökologische Arbeitsinhalte, verkürzte Vollzeit sowie eine gute öffentliche Erreichbarkeit des Betriebs. Soziale Unternehmen können hier Labore für sozial-ökologische Arbeitsmarktpolitik sein. Die Unterstützungsstruktur für Personen, die in ungeforderte Arbeit vermittelt werden wollen, sollte weiterhin aufrecht bleiben“, bekräftigt Sabine Rehbichler.

Ein Arbeitsmarkt, der alle mitnimmt

Erwerbsarbeit sowohl ökologisch als auch sozial nachhaltig neu zu gestalten und zu verteilen, ist möglich und sinnvoll. Soziale Unternehmen sind Vorreiter in der Verbindung des sozialen und des ökologischen Gedankens. Sie zeigen Lösungen, wie die Kontroverse zwischen Jobsicherung und Umwelterhaltung aufgelöst werden kann: Das DRZ (Demontage- und Recyclingzentrum) in Wien sammelt Elektro-Altgeräte und bereitet diese für die Wiederverwendung auf; das Baukarussell nützt und verwendet alte Baumaterialien wieder; WUK-Bio-Pflanzen betreibt eine Bio-Gärtnerei in Gänserndorf und bietet neben frischem Biogemüse auch Jungpflanzen an. In allen diesen Unternehmen sind arbeitsmarktferne Menschen beteiligt, die eine arbeitsplatznahe Ausbildung und einen Arbeitsplatz auf Zeit erhalten.

Deshalb muss nachhaltige Arbeitsmarktpolitik insbesondere an benachteiligte Zielgruppen gerichtet sein. Sabine Rehbichler: „Ein Arbeitsmarkt, auf dem alle einen Platz finden bedeutet in Zeiten der Klimakrise auch, zukünftige Generationen mitzudenken.“

AK Ausbildungsfonds

2. Einreichphase bis 29. September

Mit dem AK-Ausbildungsfonds fördert die Arbeiterkammer Oberösterreich Pilotprojekte, die vor allem junge Menschen auf ihrem Ausbildungsweg unterstützen und dazu beitragen, dass sie ihren Bildungsweg erfolgreich zu Ende gehen. Dazu werden von Seiten der AK Oberösterreich 3,5 Millionen Euro bis Ende 2024 zur Verfügung gestellt.

AK-Ausbildungsfonds

Projektbegleitung: Timna Reisenberger, BA BSc
Volksgartenstraße 40, 4020 Linz
050-6906 2427, ausbildungsfonds@akoee.at

Hilfen gegen Energiearmut



© canva.com

Um die hohen Energiekosten abzufedern, gibt es Unterstützungsangebote, die Caritas Oberösterreich berät gerne.

Wohnschirm Energie

Der „Wohnschirm Energie“ ist ein Programm des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und bietet sowohl Beratungsleistungen als auch finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten (z.B. Übernahme von Rückständen sowie präventive Zahlungen –die Wohnkostenhilfe in OÖ wird dabei gegengerechnet) für Menschen mit hohen Energiekosten.

Kontakt:

: 05-17 76 300
: energie@caritas-ooe.at

Energiesparen im Haushalt

Das Programm „Energiesparen im Haushalt“ des Klima- und Energiefonds der österreichischen Bundesregierung richtet sich an Personen mit hohen Teilzahlungsbeträgen und unterstützt mit Energiesparberatung vor Ort sowie der Möglichkeit eines Gerätetauschs bei sehr alten oder verbrauchsintensiven Geräten.

Kontakt:

: 0676-8776-8047
: energiesparen@caritas-ooe.at

Die Zugangskriterien sowie Voraussetzungen für die Programme sind auf der Caritas-Website zu finden: www.caritas-ooe.at/hilfe-angebote/menschen-in-not/caritas-sozialberatung/unterstuetzungsleistungen-energie

Zusätzlich stehen in den Caritas-Sozialberatungsstellen verschiedene weitere Töpfe von Energieversorger*innen zur Verfügung.

Da es aufgrund der vielen Anfragen immer wieder zu Wartezeiten kommen kann, ist es wichtig, sich rechtzeitig zu melden, damit eventuelle Abschaltungen von Strom oder Heizung verhindert werden können.



Bei der Preisübergabe (v.l.n.r.): Eva Kaufmann (Choose2Reuse), Gevorg Simonyan (INDIMA), Johanna Diener (Nougat), LR Wolfgang Hattmannsdorfer, VH OÖ-GF Jasmine Chansri, Prof. Thomas Gegenhuber, Efgani Dönmez (Sozialer Aufstieg durch Bildung) und Hannes Heissl (Generationgerechte Gemeinde). Bild: Land OÖ/Andreas Krenn

Update Social: Soziale Probleme lösen

Was passiert, wenn Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft zusammenkommen, um soziale Probleme zu lösen? Diese Frage hat sich die Initiative UpdateSocial gestellt. Erstmals initiiert vom **Linz Institut of Technology der JKU** und der **Volkshilfe OÖ** schlägt UpdateSocial eine Brücke zwischen den Sozialorganisationen und dem Innovationsbereich.

Durch die Open Social Innovation Methode – ein Ansatz, der betroffene Zielgruppen, Akteur*innen und Expert*innen sowie alle Interessierten von Anfang an einschließt – können engagierte Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft mobilisiert werden, um gemeinsam an der Lösung sozialer Herausforderungen zu arbeiten. Das Ziel: Menschen zusammenzubringen, die sich sonst nicht getroffen hätten. Vom 21. - 23. April 2023 war es dann so weit: Die erste UpdateSocial 48h-Ideenwerkstatt fand unter dem Motto „Gemeinsam mehr erreichen“ im LIT Open Innovation Center der JKU statt!

48h-Ideenwerkstatt: fast 200 Teilnehmer*innen und 55 Expert*innen

Zu Beginn bildeten sich interdisziplinäre Teams, um an Lösungen für insgesamt 26 vorher kollektiv gesammelten Herausforderungen in den verschiedensten Bereichen

zu arbeiten – von Pflege und Betreuung über Inklusion von beeinträchtigten Menschen bis hin zu sozialem Klimaschutz und vielem mehr. Dabei arbeiteten die Teams nicht nur am eigenen Projekt, sondern tauschten sich auch untereinander aus. Außerdem standen vor Ort zahlreiche Expert*innen aus dem Sozialbereich sowie Personen aus den Zielgruppen bereit, welche die Teams mit ihrem Fachwissen und ihrer Erfahrung unterstützen. Durch ihre Tipps konnten die neu zusammengefundnen Teams immer wieder direktes Feedback einholen und dieses in die Entwicklung ihrer Ideen einfließen lassen.

Das Ergebnis: 38 eingereichte Ideenkonzepte

Die große Anzahl und das breite Spektrum der eingereichten Ideen spiegelt die Motivation und Kreativität aller Teilnehmer*innen wider. So befasste sich beispielsweise das Team „Nougat“ mit der Digitalisierung in der Sozialberatung: Es handelt sich um ein KI-unterstütztes Webportal, das mithilfe eines Chatbots Informationen über finanzielle Unterstützungen in Oberösterreich bereitstellen soll. Der Bereich Inklusive Gesellschaft wurde von „Boudicca.Events“ angegangen: Eine Plattform, die Eventinformationen bietet und Daten zur Barrierefreiheit enthält, um Veranstaltungen für alle zugänglicher zu machen.

Die Reise geht weiter mit dem Umsetzungsprogramm von

UpdateSocial

Es geht bereits engagiert und mit voller Kraft weiter, damit aus den Ideen auch echte Lösungen werden. Seit Anfang Mai läuft das fünf-monatige UpdateSocial Umsetzungsprogramm, bei dem 24 Teams mit Community-Calls, Austausch und Expert*innen-Mentoring begleitet werden. Deshalb heißt es jetzt für die Teams: Pläne konkretisieren, Partner*innen finden, Förderungen sichern, Pilotprojekte starten.

Fazit

UpdateSocial stößt Diskussionen darüber an, welche zusätzlichen neue Möglichkeiten es geben kann, um soziale Innovationen in Oberösterreich zu organisieren. Insgesamt soll mit dem Projekt das Ökosystem für soziale Innovationen in Oberösterreich gestärkt werden.

Eine interdisziplinäre Jury hat fünf Anerkennungspreise zu je 1000 Euro vergeben. „Die gesamte Jury war von der hohen Qualität der Ideen und entwickelten Konzepte begeistert und stand bei der Vergabe der fünf Preise vor einer schwierigen Aufgabe“, erklärt Jasmine Chansri als Geschäftsführerin der UpdateSocial-Kooperationspartnerin Volkshilfe Oberösterreich und Sprecherin der Jury.

Die Gewinner*innen der Anerkennungspreise:

Nougat

zielt darauf ab, ein KI-unterstütztes Webportal zu schaffen, das mit Hilfe eines Chatbots die Situation hilfesuchender Personen abfragt (z.B. Unterstützungsbereich, Alter, Einkommen) und anhand dieser Daten über mögliche finanzielle Unterstützungen in Oberösterreich (z.B. Wohnbeihilfe, Pflegegeld) informiert.

Das Team dahinter:

Johanna Diener (Bachelor in Medientechnik und -design, langjährige Erfahrung im digitalen Marketing und der Umsetzung von Software- und Webprojekten). Bernhard Vidra (Bachelorstudiengang Geografie mit Schwerpunkt Umwelt und Biodiversität, Soziologie und Sozialgeografie sowie der Studienergänzung Digitale Medien).

INDIMA

beschäftigt sich mit dem Fachkräftemangel in Oberösterreich. INDIMA soll ausländische Qualifikationen automatisiert auswerten und eventuelle Weiterbildungsmaßnahmen empfehlen. Mit INDIMA soll auch der Anerkennungsprozess von im Ausland erworbenen Qualifikationen optimiert und eine ideale Einstellung von hochqualifizierten Migrant*innen ermöglicht werden.

Das Team dahinter:

Gevorg Simonyan (Berufs- und Bildungsberater), Emin Vojnikovic (JKU-Student Masterstudiengang Leading), Nikita Kolesnichenko (JKU-Student Masterstudiengang Artificial). Hanna Tkachenko und Yana Bachychuk sind ukrainische JKU Studentinnen, die das Team mit Input aus der Zielgruppe unterstützt haben.

Choose2Reuse

ist eine Initiative, die von bestehenden Organisationen Kleidungsspenden abnehmen soll, um diese durch Upcycling zu neuwertigen stylischen Produkten zu verarbeiten. Und zwar durch eine eigenständige Arbeitsstelle und unterschiedlichsten Kooperationen (z.B. mit Modenschulen).

Das Team dahinter:

Eva Kaufmann (Sozialwirtschaftsstudentin und Koordinatorin), Tina Kainrath (wirtschaftlicher Background, Erfahrung im Social Sustainability Bereich, Netzwerken/Kooperationen/Events), Georg Kofler (Informatikstudent, Technischer-Support), Valentina Godino (Soziologiestudentin, Social Media/Kooperationen), Michael Fellinger (BWL-Student, Spezialisierung im Nachhaltigkeitsmanagement), David Pichler (Global Business Student, Teamplayer, Organisation)

Das Projekt „Generationengerechte Gemeinde“

verhilft Kommunen zu einer Standortbestimmung sowie zu Lösungskompetenz hinsichtlich der kommenden demografischen Herausforderungen. Und zwar mittels eines standardisierten und modularen Prozesses sowie unter Verwendung eines dafür zu entwickelnden digitalen Tools. Am Beginn steht eine Sozialraumanalyse, um den Handlungsbedarf zu eruieren und diesen vordefinierten Handlungsfeldern zuzuweisen.

Das Team dahinter:

Hannes Heissl (Projektleitung, Soziologe Universität Salzburg, Geragoge KPH Wien/Krems, Institut für gesellschaftlichen Wandel, verschiedene Projekte mit Regionen und Gemeinden zum Thema Leben und Wohnen im Alter), Thomas Duschlbauer (Kommunikations- und Kulturwissenschaftler, Erfahrungen in der Demografieberatung und mit Methoden des Design Thinkings, geschäftsführender Gesellschafter der KompeTrend GmbH), Walter Lanz (Soziologe und Publizist, Gesellschafter der KompeTrend GmbH)

Sozialer Aufstieg durch Bildung

Viele Eltern mit Migrationshintergrund haben aufgrund fehlender zeitlicher, sprachlicher oder finanzieller Ressourcen nicht die Gelegenheit, ihre Kinder auf dem Bildungsweg bestmöglich zu begleiten und zu unterstützen. Der OÖ Familienbund arbeitet daher diesbezüglich bereits an ausgesuchten Standorten mit Schulen, Familien und Schüler*innen in Linz und Wels. Diese Schulbetreuung in Kombination mit Lernbegleitung soll mit Fokus auf die bestehenden Herausforderungen und der bereits bestehenden Elternarbeit ausgeweitet werden.

Das Team dahinter:

Familienbund OÖ mit Danna Awad und Efgani Dönmez.



Anmeldefrist für die drei Caritas-Schulen läuft

Die **Caritas-Schulen** für Sozialbetreuungsberufe bilden Fachkräfte in der Alten-, Familien- und Behindertenarbeit sowie Behindertenbegleitung aus. Während der Ausbildung erhalten die Schüler*innen das **Pflegestipendium des Landes OÖ in Höhe von 600 Euro/Monat oder jenes des Bundes in Höhe mind. 1.400 Euro/Monat. Für das kommende Schuljahr 2023/2024 sind Anmeldungen ab sofort möglich.**

Die späteren Einsatzgebiete der Absolvent*innen der Caritas-Schulen sind vielfältig, wie beispielsweise in Wohnbereichen und Tagesbetreuungen für Senior*innen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Ebenso sind Sozialbetreuer*innen auch direkt bei älteren Menschen oder Familien zu Hause im Einsatz. Neu seit heuer ist, dass die ausgebildeten Diplom-Sozialbetreuer*innen für Familienarbeit die Zusatz-Qualifikation als sozialpädagogische Fachkraft in der Kinder- und Jugendhilfe haben. Das erweitert das Tätigkeitsfeld der Absolvent*innen u.a. um Arbeitsbereiche in Wohngemeinschaften für Kinder oder in der sozialpädagogischen Familienbetreuung.

Statt dem oö. Pflegestipendium (600 Euro) können Personen ab 20 Jahren unter bestimmten Voraussetzungen auch das Pflegestipendium des Bundes (1.400 Euro) über das AMS beantragen – dieses eignet sich besonders für Um- und Quereinsteiger*innen. Die Pflegestipendien

gelten für alle Ausbildungszweige.

Start ab 16 Jahren möglich

Für Jugendliche ab 16 Jahren gibt es die Möglichkeit, ein Bildungs- und Orientierungsjahr in Form des Vorbereitungslehrganges in Linz zu besuchen. Dabei werden Interessierte auf ihren weiteren Bildungsweg im Sozialbereich vorbereitet. Dieser Lehrgang stellt auch für Menschen, die Deutsch nicht als Muttersprache haben, eine Möglichkeit dar, in den Sozialbereich einzusteigen. Personen ab 18 Jahren können für diese einjährige Vorbereitungszeit eine finanzielle Unterstützung durch die Implacmentstiftung beantragen.

Nähere Informationen und Anmeldung: www.ausbildung-sozialberufe.at

- Caritas-Schule, Schiefersederweg 43, 4040 Linz (Alten-, Familienarbeit, Vorbereitungslehrgang) ausbildungszentrum.linz@caritas-ooe.at 0732-76 10-81 80
- Caritas-Schule, Salesianumweg 3, 4020 Linz (Behindertenarbeit, Behindertenbegleitung, Lehrgang Sozialpsychiatrie, Alltagsbegleitung im Sommersemester) sekretariat@sob-linz.at, direktion@sob-linz.at oder 0664-181 20 03
- Caritas-Schule Josee, Langbathstraße 44, 4802 Ebensee am Traunsee (Alten-, Familien-, Behindertenarbeit, Behindertenbegleitung) www.josee.at



LR Wolfgang Hattmannsdorfer, LH Thomas Stelzer und WK-Präsidentin Doris Hummer präsentieren den Beteiligungsprozess „Inklusion und Arbeit“. Bild: Land OÖ/Peter Mayr

Arbeitsplatzchancen für Menschen mit Beeinträchtigungen

In den kommenden Monaten wird sich das Sozial-Ressort intensiv mit dem Bereich Chancengleichheit und Menschen mit Beeinträchtigungen auseinandersetzen, um bestehende Angebote und Maßnahmen weiterzuentwickeln und ggf. neue zu schaffen. Land OÖ

Auf Grund der aktuellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt (Stichwort Arbeitskräftebedarf) und der Tatsache, dass immer mehr Unternehmen Wert auf Corporate Social Responsibility legen, ergibt sich im Bereich der Arbeit eine Chance für Menschen mit Beeinträchtigung wie für Unternehmen. Gemeinsam mit oberösterreichischen Unternehmen und der Wirtschaftskammer Oberösterreich wird im Zuge eines Beteiligungsprozesses an der Weiterentwicklung der Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen am Arbeitsmarkt gearbeitet.

Aufklärung und Sicherheit für alle Beteiligten

Das Kompetenzzentrum für Non Profit Organisationen und Social Entrepreneurship der WU Wien hat eine Studie durchgeführt, an der Befragung haben 128 Unternehmen teilgenommen. Barrierefreiheit und flexible Gestaltung der Arbeitszeiten sind zentrale Maßnahmen, um Menschen mit Beeinträchtigung beschäftigen

zu können. Bei einigen Unternehmen sind Menschen mit Beeinträchtigungen bereits Teil einer diversitätsorientierten Personalgewinnung. Der Informationsbedarf ist hoch, um Hindernisse abzubauen, denn viele HR-Verantwortliche haben Sorge über den zeitlichen und personellen Aufwand bei der Arbeitsplatzbegleitung von Mitarbeiter*innen mit Beeinträchtigung oder befürchten mangelnde Produktivität von Personen mit einer intellektuellen, psychischen oder Mehrfachbeeinträchtigung. Unternehmen, die bereits Menschen mit Beeinträchtigung beschäftigen, beurteilen die Produktivität von Menschen mit Beeinträchtigungen wesentlich positiver als andere. Aufklärung und gute Beratung von Unternehmen sind elementar, es benötigt Sicherheit, für den Fall, dass die Beschäftigung von Menschen mit Beeinträchtigungen nicht wie gewünscht funktioniert. Auch das Kompetenznetzwerk Informationstechnologie zur Förderung der Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen (Ki-i) hat seine Klient*innen befragt. Hier stellte sich heraus, dass Menschen mit Beeinträchtigung einerseits oft das Selbstbewusstsein fehlt und andererseits die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes in der geschützten Werkstätte hoch ist. Menschen mit Beeinträchtigungen, denen der Wechsel in Betrieb gelingt, haben eine hohe Arbeitszufriedenheit. Die Absicherung für Menschen mit Beeinträchtigungen hinsichtlich der Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Beschäftigungsformen und Möglichkeit der Rückkehr in den geschützten Bereich muss in Zukunft besser gewährleistet sein.



Im Austausch (v.l.n.r.): Christine Newald (arbeit plus), Josef Pürmayr (Sozialplattform OÖ), Sabine Rehbichler (arbeit plus), Minister Martin Kocher, Manuela Vollmann (arbeit plus, abz Austria), Melanie Spangler (arbeit plus Tirol) Bild: arbeit plus

Was brauchen langzeitarbeitslose Menschen, um wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen?

Dieses Thema beschäftigte **arbeit plus** im Austausch mit Wirtschaftsminister Martin Kocher. Es ging um notwendige Rahmenbedingungen für gelingende Integration, um Qualifizierung und Digitalisierung als Querschnittsmaterie in den Sozialen Unternehmen genauso wie um das Thema der fehlenden Kinderbetreuung am Land.

„Wir bei arbeit plus, dem Netzwerk von 200 Sozialen Unternehmen in Österreich, unterstützen diese Menschen mit Beratung, Beschäftigung und Qualifizierung beim beruflichen (Wieder-)Einstieg. Wir zeigen Lösungen für die Arbeitsmarktpolitik und Unternehmen auf, damit langzeitarbeitslose Menschen (wieder) arbeiten und nachhaltig ins Erwerbsarbeitsleben einsteigen können. Um diese Lösungen flächendeckend umzusetzen, braucht es einen Aktionsplan, der Hindernisse wie fehlende Betreuung und Begleitung endlich ressortübergreifend in Angriff nimmt,“ fordert Sabine Rehbichler, von arbeit plus. Denn trotz positiver Zahlen am Arbeitsmarkt ist immer noch fast ein

Drittel aller Arbeitslosen langzeitbeschäftigungslos (Stand Mai 2023). Im Vergleich dazu betrug im Dezember 2008 der Anteil der langzeitarbeitslosen Menschen an allen Arbeitslosen nur 12,6%. Anstatt sich auf den allgemeinen, geringen Arbeitslosenzahlen auszuruhen, sind Politiker*innen gefordert, sich den Ursachen des immer noch zu hohen Anteils von langzeitbeschäftigungslosen Menschen an allen Arbeitslosen zu widmen, die nicht von der Konjunktur mitgenommen werden.

Nur weil weniger Menschen als in Zeiten der Pandemie arbeitslos sind, dürfen die Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht gekürzt werden. Denn diejenigen, die jetzt (immer) noch keinen Job finden, brauchen mehr Unterstützung und Begleitung. Angesichts der veränderten Zielgruppe ist es wichtig, die Gründe für Langzeitbeschäftigungslosigkeit zu verstehen und frühzeitig zu verhindern.

Im Sinne der aktuellen gesellschaftlichen und sozialpolitischen Herausforderungen am Arbeitsmarkt vertritt und stärkt arbeit plus die Position der Sozialen Unternehmen in Österreich und Europa und zeigt inklusive und ökologische Wege von Arbeit und Wirtschaft auf. Unser gemeinsames Interesse ist es, die Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt zu verbessern, um möglichst viele Menschen mitzunehmen.

”

Trotz positiver Zahlen am Arbeitsmarkt ist immer noch fast ein Drittel aller Arbeitslosen langzeitbeschäftigungslos.

„Florian“ für Engagement

Die Bezirksrundschau hat den „Florian“ und damit ihren Preis fürs Ehrenamt vergeben.

Karl ist seit 23 Jahren als freiwilliger Volkshelfer im Einsatz, Gusti seit 28 Jahren und mit 12.000 freiwilligen Stunden ein Urgestein der Volkshilfe Wels (individuell einsetzbar im Shopbereich bei Kassa, Sortierung, Verkauf sowie auch im SOMA) und Raghda ist 2015 aus Syrien geflohen und in vielen Einrichtungen (unter anderem der Volkshilfe) aus Dank an Österreich ehrenamtlich tätig.



Gmundens Bezirkssiegerin Raghda mit Thomas Winkler (Bezirksrundschau) Othmar Nagl (OÖ Versicherung) und LH Thomas Stelzer. (Bild: Bezirksrundschau/Erwin Pils)



Die Welser Bezirkssiegerin Gusti



Der Linzer Bezirkssieger Karl mit dem Volkshilfe-Team
Bild: BRS & VH OÖ



Sozialratgeber 2023

Überblick über soziale Unterstützungsangebote in Oberösterreich

- Angebote für Menschen, die Unterstützung brauchen
- Beihilfen und Geldleistungen
- Extra-Teil: Teuerungshilfen
- Umfangreicher Adressteil mit verschiedenen Angeboten



www.sozialplattform.at
0732-66 75 94



Hunger
auf
Kunst
&
Kultur

Wer bekommt den Kulturpass?

Sie erhalten den Kulturpass **automatisch ohne Einkommensüberprüfung**, wenn Sie:

- : Sozialhilfe
- : Ausgleichszulage
- : Mindestpension oder
- : Notstandshilfe beziehen oder
- : Asylwerber*in
- : Geflüchtete aus der Ukraine in der Grundversorgung (Vertriebenenausweis alleine nicht mehr ausreichend)
- : subsidiär Schutzberechtigte oder
- : Studierende (die aktuell eine Leistung aus dem ÖH-Sozialtopf erhalten) sind.

Neue Einkommenswerte 2023

Sie erhalten den Kulturpass **nach Einkommensüberprüfung**, wenn Ihr monatliches Einkommen unter folgender Grenze liegt (Stand April 2023):

- : monatlich unter **EUR 1.392,- (12 Mal im Jahr)**
- : oder **EUR 1.193,- (14 Mal im Jahr)**
- : bzw. **EUR 16.706,- pro Jahr** pro alleinstehender Person im Jahr.

Zur Berechnung der Armutgefährdung ist immer das Haushaltseinkommen die Grundlage. Bei der Ermittlung des Haushaltseinkommens werden alle Einkommensarten berücksichtigt, d.h. neben Erwerbseinkommen auch private Transfers (Alimente, Unterhalt) und sämtliche Sozialleistungen (wie z.B. Familienbeihilfe, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Kinderbetreuungsgeld, Wohnbeihilfe, Ausgleichszulage etc.).

Im Rahmen des Kulturpasses gibt es drei Ausnahmen: Pflegegeld, erhöhte Familienbeihilfe (der Erhöhungsbetrag und in diesen Fällen auch die Familienbeihilfe) sowie die Heimopferrente werden nicht eingerechnet.

- : **Bei AMS Bezug:** Tagsatz max. EUR 46,40,-

Ausgabestelle werden!

Die Sozialplattform sucht neue Ausgabestellen (Gemeinden, Sozialeinrichtungen) in Oberösterreich.

Mit dem Kulturpass erhalten Menschen mit wenig Einkommen gratis Eintritt zu Konzerten, Ausstellungen, Theatervorstellung, Festivals etc. bei allen Kultureinrichtungen in Österreich, die die Aktion unterstützen. Vergeben werden die Kulturpässe von sogenannten Ausgabestellen, die die Pässe nach einer persönlichen Prüfung bzw. Beratung ausgeben. Sie können die Ausgabe auch auf eigene Klient*innen oder Gemeindeglieder*innen beschränken, um ihre Ressourcen zu schonen. Gerade für Menschen mit wenig Einkommen ist es aus Kostengründen wichtig, keine weiten Anfahrtswege zu Ausgabestellen zu haben.

Weitere Informationen und Kontakt

Claudia Zinganell, zinganell@sozialplattform.at

Neuer Kulturpartner

Villa Sinnenreich

Bahnhofstraße 19, 4150 Rohrbach-Berg

www.villa-sinnenreich.at

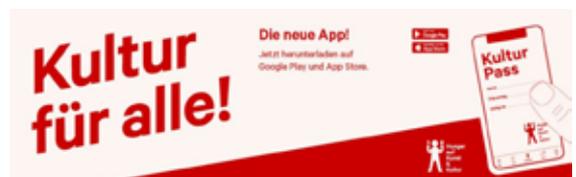
Kulturpass-Besitzer*innen erhalten kostenlosen Eintritt!

Die Villa Sinnenreich ist ein außergewöhnliches Museum der Wahrnehmung. Entdecke eine Welt zwischen Illusion und Wirklichkeit. Auf 400 m² Ausstellungsfläche gibt es zu dieser Thematik über 50 von Künstler*innen entwickelte Exponate - eine Kombination aus Technik und Kunst.

Weitere Infos zum Kulturpass

www.kunsthunger-ooe.at

www.hungeraufkunstundkultur.at



ARBEITSLOSE BEI DER ARBEIT.

VON MARIENTHAL NACH EASTERN VALLEY UND ZURÜCK.

Dienstag, 4.7.2023, 15:30 – 17:45 Uhr
Arbeiterkammer Oberösterreich, Festsaal
Volksgartenstraße 40, 4020 Linz

— Programm

- 15:30 Uhr: Begrüßung durch Vizepräsident Harald Dietinger (Arbeiterkammer Oberösterreich)
- 15:45 Uhr: Einführung in die Studie „Arbeitslose bei der Arbeit“ von Marie Jahoda durch Meinrad Ziegler (JKU Linz)
Lesung aus der Studie „Arbeitslose bei der Arbeit“ durch Maria Hofstätter (Schauspielerin)
- 16:15 Uhr: Präsentation der Ergebnisse der „neuen Marienthalstudie“ durch Lukas Lehner (Universität Oxford)
- 16:30 Uhr: Pause
- 16:45 Uhr: Podiumsdiskussion mit Maria Brunner (AMS OÖ), Johann Bacher (JKU Linz), Hannah Quinz (Universität Wien), Dennis Tamesberger (AK OÖ)
- 17:45 Uhr: Ende
- Moderation: Georg Hubmann (Jahoda Bauer Institut)

— Anmeldung

unter folgendem Link oder QR Code scannen:
<https://veranstaltung.akoee.at/de/arbeitslose-bei-der-arbeit>



MARIENTHAL
AK OÖ



**Sie arbeiten
mit Menschen.
Wir bilden
Sie weiter.**



**WERTE IM CASE- UND CARE
MANAGEMENT**

07.09.2023, mit Mag.^a Marit Auinger

**LERN- UND FEEDBACKKULTUR ALS
MOTOR FÜR GEMEINSAMEN ERFOLG**

14.-15.09.2023, mit Dr.ⁱⁿ Mag.^a Martina
Sandholzer, Enrico Wimmer

**ONLINE INFOTERMIN ZUM LEHRGANG
„IM DIALOG MIT MEINEM KÖRPER“**

16.09.2023, mit Ingrid Huber, MSc.

**MIT KRÄNKUNGEN AM ARBEITSPLATZ
GELASSENER UMGEHEN**

20.09.2023, mit Dr.ⁱⁿ phil. Bärbel Wardetzki,
MA

**LEHRGANG CASE MANAGEMENT
– BASIS- UND REFLEXIONSMODUL**

10/2023 - 06/2024, mit Mag.^a Marit Auinger,
Mag.^a Irene Bisenberger-Raml, Dr. Michael
Monzer, Gabriele Einsiedler, MAS

JUGEND. PSYCHE. KOMPETENZ.

Lehrgang 04.10.2023 - 16.04.2024, mit
Mag. Dr. Martin Pachinger; Dr. Till Preißler;
Mag.^a Ingrid Teodor; Manuela Weinhöpl
DSA; MEd., Mag.^a Gabriella Köncezi, MSc.

**SIND WIR NICHT ALLE EIN BISSCHEN
GENDER?**

09.10.2023, mit Mag. Dr. Christian
Freisleben-Teutscher

DIVERSITY – AUFFRISCHUNG

7.10.2023, mit Monika Bernfeld



www.organos.at



afz

„Sag was drauf!“ – Schlagfertigkeitstraining bei sexueller Belästigung und Sexismus

10. Oktober, 9.00 - 14.00 Uhr (6 Einheiten)

Linz, Autonomes Frauenzentrum,
Starhembergstraße 10/2

KOSTEN: € 140,- (Selbstbehalt für geförderte Familien-
berater*innen € 28,-)

Wie kann man angemessen auf sexistische Sprüche re-
agieren und mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
umgehen. An diesem Tag trainieren wir unsere Schlag-
fertigkeit.

Psychohygiene im Beratungsalltag - Ein Selbstfürsorge Seminar für Beraterinnen

22. November, 9.00 - 13.15 Uhr (5 Einheiten)

Linz, Autonomes Frauenzentrum,
Starhembergstraße 10/2

KOSTEN: € 130,-

Ein Psychohygiene Seminar für Frauen – und Familien-
beraterinnen. In diesem Seminar nehmen wir uns Zeit,
um uns mit der Frage zu beschäftigen, wie wir gut auf
unsere eigene psychische Gesundheit achten können. Es
geht darum „alte“ Ressourcen wiederzuentdecken und
das eigene Selbstfürsorge Repertoire zu erweitern.

Weitere Infos:

<https://frauenzentrum.at/afz-akademie>



migrare

Seminar: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

20./21. September

Linz, migrare, Bulgariplatz 12

Fachtagung „Migration und Arbeitswelt“

26. September, 9.00 - 17.00 Uhr

Linz, Arbeiterkammer OÖ,
Volksgartenstraße 40

Mehr auf:

www.migrare.at



Infoveranstaltungen Vorbereitungskurs zum Einstieg in Gesundheits- und Pflegeberufe für Migrantinnen*: PreQual

19. Juli, 16.00 Uhr

Der Kurs startet am 12. September 2023.

Anmeldungen

prequal@maiz.at, 0732-77 60 70

oder persönlich bei: maiz, Scharitzerstraße 6-8, 4020
Linz

Weitere Infos

www.maiz.at



Mittwoch 6.9.2023 ab 10.00 Uhr
Sportanlage SV Hellmonsödt

40 Jahre ARGE für Obdachlose

40 Jahre ARGE Trödlerladen

30 Jahre Fußballturnier für Sozialvereine

Anlässlich der vielen Jubiläen und als Gründer des Fußballturniers der Sozialplattform veranstaltet der **ARGE Trödlerladen** heuer wieder ein **Fußballturnier für Sozialvereine**.

Eingeladen sind alle im Sozialbereich tätigen Vereine und Organisationen.

Gespielt wird auf Kleinfeld (5 SpielerInnen + 1 Tormann/frau) auf der Sportanlage des SV Hellmonsödt (4202 Hellmonsödt, Badstr. 1, Fahrzeit 20 Minuten von Linz/Gründberg, entfernt).

Eintreffen der Mannschaften bis 9.30 Uhr, die Spielzeit beträgt pro Spiel je nach Teilnehmerzahl 10–15 Minuten, Dauer bis ca. 15.00 Uhr.

Ersatztermin bei Schlechtwetter Mittwoch 13.9.2023

Für Speis und Trank für SpielerInnen und Fans wird gesorgt.

Teilnahmegebühr pro Team 50 €

Anmeldungen bis 21.8.2023 per Mail an troedlerladen@arge-obdachlose.at
und Infos im ARGE Trödlerladen bei Gerhard Gahleitner unter 0688/8127761.
Vorankmeldungen bis 30.6.2023 erwünscht!



Seminar-Vorschau



Rat und Tat
für Arbeit und Leben

Online-Workshop „Onlineberatung“ voraussichtlich im Herbst 2023

Linz, Peter Behrens Platz 7

Kosten: € 275,- inkl. 10% Ust

Wie eine begleitende Unterstützung als Berater*in auch auf virtuellem Weg gut gelingen kann.



In 2 Modulen an 2 Nachmittagen erhalten Sie professionelle Tools. Ziel des Webinars ist ein direkter Transfer in die tägliche Arbeit – als Grundlage für eine erfolgreiche und effiziente Onlineberatung. Das Webinar beinhaltet 2 Online-Termine à 3 Einheiten sowie eine Selbstlern- bzw. Übungsphase und umfasst insgesamt 8 Unterrichtseinheiten.

Modul 1:

Technische Rahmenbedingungen und Ausrüstung

Modul 2:

Mein Auftreten als Berater*in

Informationen und Anmeldung

www.arbeit-b7.at/angebote/wissbegierige/seminare/
Anfragen an seminare@arbeit-b7.at



ALLE 2 WOCHEN
GUT INFORMIERT

Newsletter



Aktuelle Informationen
aus der Sozialszene in OÖ

- Sozialpolitik
- Projekte
- Förderungen, Preise
- Veranstaltungen
- Weiterbildung

[www.sozialplattform.at/
newsletter.html](http://www.sozialplattform.at/newsletter.html)



Karrieremesse
Sozialwirtschaft

Hol Dir
Informationen zu

**JOBS
AUSBILDUNG
PRAKTIKUM
ZIVILDIENTST**
im Sozialbereich
in OÖ

Save the Date

16.4.24

FH OÖ - Campus Linz
Garnisonstraße 21

viele
Informationsstellen

Soziale Unternehmen
Ausbildungsstätten

Anmeldung für
Aussteller*innen
ab 1. Juli möglich

**Eintritt
frei!**

www.connect-sozialwirtschaft.at



Connectsozialwirtschaft